

# Der Textil-Arbeiter

Verlagsgesellschaft: Berlin O 24, Wilmersdorfer Straße 24.  
Verantwortlich: Hans Kämpf, 1000, 1078 und 1282. — Die Zeitung  
erschließt jeden Freitag.  
Telegraphische Adressen: Textilarbeiter-Berlin.  
Verbandsleiter: Otto Schönbach, Berlin O 24, Wilmersdorfer Str. 24  
(Postfach 6386). — In Berlin: — Belegpreis nur durch die Verh.  
Vertriebsstellen 6 Pf.

Verunglückt seid ihr nichts — Verunglückt alle!

Verlagsannahme: Anzeigenverwaltung für die Beamten- und  
Gewerkschaftsvereine, Berlin O 24, Wilmersdorfer Straße 24  
Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden in der ersten Spalte zu 20 Pf. bei  
größeren Abzählungen Rabatt, der nur als Refersat gilt.  
Telegraphische Adressen: „Mitteltele“.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

## Erinnerungsfeier an Crimmitschau Zehnstundentagkampf. Gute Beteiligung — Impofanter Verlauf.

### Gedenkfeier in Leipzig.

Ueber 2600 Kolleginnen und Kollegen aus dem Reich waren dem Ruf des Verbandsvorstandes gefolgt, um an der 25jährigen Gedenkfeier an den Zehnstundentagkampf in Crimmitschau, die am vergangenen Sonntag im Leipziger Volkshaus stattfand, teilzunehmen. Eine große Anzahl derjenigen, die damals die Rache eines hasserfüllten Unternehmertums zu fühlen bekamen, gemahregelt und aus ihrer Heimat vertrieben worden sind, waren anwesend. Freude bewegte Jung und Alt beim Wiedersehen.

Das Leipziger Volkshaus war der Feier entsprechend schön dekoriert. Ein prächtiges Transparent über dem Eingang zum Volkshaus verkündete weithin „Crimmitschau 1903—1928.“

Die Feier wurde vormittags pünktlich um 11 Uhr mit begrüßenden Worten des Kollegen Paizer-Leipzig eröffnet. Das Programm der Gedenkfeier ist außerordentlich gut gewählt. Ein Orchester, unter der Leitung des Musikdirektors Gustav Schülke brachte u. a. Vorspiel, zu „Die Meistersinger von Nürnberg“ von Rich. Wagner, aus Faust's Verdamnung von H. Berlioz, Ouvertüre zu Raimilian Kobespierre in formvollendeter Weise zu Gehör. Leipzig kann auf dieses Ehrentage stolz sein. Der Männer- und Frauenchor Leipziger Thonberg-Stötterik unter Leitung seines Dirigenten P. Michael bereitete den Anwesenden wirklich eine Stunde der Erbauung. So stimmungsvoll wie die Leipziger Arbeiterkämpfer Aufruf, Rat und Arbeit, Brücke und Abkehr vom Krieg vortrugen, war eine Meisterleistung.

Den Höhepunkt bildete die durch den Leipziger Sprechchor des Arbeiterbildungsinstituts vorgetragene Dichtung von Bruno Schönbach. Wir werden die Dichtung in der nächsten Nummer des „Textilarbeiter“ zum Abdruck bringen, vorläufig wollen wir nur einige Strophen wiedergeben:

Crimmitschau,  
Crimmitschau,  
Aus deinen Schloten schlägt ein Flug,  
Crimmitschau,  
Crimmitschau,  
Wie Feuerfarbe brennt dein Tuch,  
Dein Bandmaß wurde Zug und Trug,  
Dein Webstuhl saust in schnellem Flug,  
Crimmitschau,  
Crimmitschau,  
Die Spindeln läßt du schneller drehn  
Und immer mehr für einen gehn,  
Crimmitschau,  
Crimmitschau,  
Elf Stunden lang, elf Stunden schwer,  
Webt deiner Arbeit bleiches Heer,  
Crimmitschau, Crimmitschau.

Marchiert und kämpft, Mann und Frau  
Im Heilgeist von Crimmitschau.

Kollege Schöller vom Hauptvorstand hielt eine tiefempfundene Ansprache, in der er Worte des Dantes an alle Mitwirkenden richtete. In bewegten Worten gedachte er des Kollegen Jädel, der leider an der Feier nicht teilnehmen konnte. Kollege Jädel hatte an die Leipziger Tagung folgenden Gruß gerichtet:

„Den in Leipzig so zahlreich versammelten Verbandsfunktionären entbiete ich meinen herzlichsten Gruß. Möge der Geist von Crimmitschau, welcher 1903 die Textilarbeiter besetzte, weiter wirken und Kraft geben für erfolgreiches Wirken in den Stürmen der Zukunft.“

Begrüßungstelegramme waren noch eingelaufen von der Filiale Mannheim-Ludwigshafen und den Kameraden aus Rautenkranz im Erzgebirge.

## Die Arbeitnehmerfreundlichkeit der M.-Glabach-Rheydt Textilmunternehmer

zeigt sich in folgendem Rundschreiben, welches vom Verein der Textilindustriellen von M.-Glabach und Rheydt unter dem 17. Juli 1928 an die einzelnen Mitgliedsfirmen gefandt worden ist. Der Verein der Textilindustriellen von M.-Glabach, Rheydt verlangt von seinen Mitgliedsfirmen unbedingte Tarifeinhaltung und droht bei Nichtbefolgung Strafe an. Hier das Rundschreiben in Abschrift:

Verein der Textilindustriellen von M.-Glabach, Rheydt.  
M.-Glabach, den 17. Juli 1928.

Gesch.-Nr. 478/28.

Einschreiben.

Betr. Tarifeinhaltung.

Ueber die Gründe für unbedingte Tarifeinhaltung bedarf es keiner Aufklärung mehr. Nachdem trotz der allgemeinen Erkenntnis dieser Notwendigkeit dennoch aus den verschiedensten Gründen in einer noch viel zu großen Anzahl von Betrieben Tarifüberschreitungen bestehen, wird hiermit sämtlichen Mitgliedsfirmen des Vereines der Textilindustriellen in Ausführung mehrerer Beschlüsse von Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzung sowie in Durchführung der Verbandsatzungen zur ausdrücklichen Pflicht gemacht.

1. Bei Ausrechnung der mit Samstag, dem 21. Juli 1928, abschließenden Löhning wird festgestellt, um wieviel Prozent der an 60. Prozentstelle stehende Arbeiter jeder tariflichen Arbeitergruppe über den tariflichen Akkordstundenlohn im Durchschnitt der letzten vier Wochen vom 25. Juni bis 21. Juli 1928 liegt.

2. Ist der tatsächliche Verdienst des Stichtageworkers der Gruppe höher als 25 Proz. über Akkordstundenlohn, d. h. höher als die Akkordspanne des Tarifs, so muß innerhalb der nächsten zwei Wochen, d. h. in der Zeit vom 23. Juli bis 4. August 1928 Neufestsetzung der Akkordgrundlöhne je l. m. 1000 Stück und dergleichen mit Ziffer 7 des Manteltarifs in der Weise erfolgen, daß der Stichtageworker mit seinem tatsächlichen Verdienst auf tarifliche Endspanne gebracht wird.

3. Nach Ziffer 8 des Manteltarifs ist über die Neufestsetzung der Akkordgrundlöhne mit der gesetzlichen Betriebsvertretung zu verhandeln.

Gelingt eine Verständigung nicht, gilt die Anordnung des Arbeitgebers. Die Betriebsvertretung hat das Recht, der Anfechtung der Entscheidung des Arbeitgebers bei dem Fachschilichtungsausschuß unzulänglichst nach Ziffer 18 des Manteltarifs.

4. Die in der Zeit vom 23. Juli bis 4. August 1928 neu zu berechnenden Akkordgrundlöhne sind mit dem 6. August 1928 einzuführen; die Bekanntgabe wie möglich, spätestens 24 Stunden vor Beendigung der Arbeitszeit in der Woche vom 30. Juli bis 4. August 1928 zu erfolgen.

5. Bis zum 25. August 1928 ist dem Verband zu melden, welche tatsächlichen Verdienste von den Stichtageworkern der einzelnen Gruppen in den Wochen vom 6. August bis 18. August 1928 verdient worden sind. Fragebogen gehen noch zu.

6. Nichtbefolgung der Auflagen zu 1 bis 5 wird gemäß § 6 der Satzung bestraft.

Der Vorsitzende, gez. Louis Herren.  
Der Geschäftsführer, gez. Hugo Arz.

Ein weiteres unter dem 2. August 1928 von den Vereinigten Arbeitgeberverbänden der Textilindustrie von M.-Glabach, Rheydt und Umgegend uns zur Kenntnis gelangtes Einladungsschreiben besagt, daß sich die Unternehmer der Textilindustrie in einer am Freitag, dem 10. August, stattfindenden Versammlung befassen werden mit der Frage: Tarippolitik der nächsten Zeit und ferneren Zukunft:

- a) selbständig durch den eigenen Verband,
- b) in Verbindung mit anderen Verbänden.

Im Einladungsschreiben wird weiter ausgeführt: Die Tagesordnung kann aus begrifflichen Gründen nicht weiter verdeutlicht werden; es sollen und müssen die Grundätze für die Weiterarbeit der Arbeitgeberverbände nicht nur für die nächste Zeit, sondern auch für die fernere Zukunft aufgestellt werden.

Dieses Einladungsschreiben ist ebenfalls vom Vorsitzenden Herrn Louis Herren und dem Geschäftsführer Herrn Hugo Arz unterzeichnet.

Der Arbeiterchaft im allgemeinen und der Textilarbeiterchaft im besonderen muß aus dem Inhalt dieser Rundschreiben zur Erkenntnis kommen, mit welcher Macht und mit welcher Rücksichtslosigkeit das Unternehmertum die Lohnhöhe herabdrücken will. Auf Grund der vorgenannten Rundschreiben sind tatsächlich in einer erheblichen Anzahl von Betrieben Lohnreduzierungen von 2 bis zu 15 Proz. vorgenommen worden. In diesem Zusammenhang ist auch zu unteruchen, inwieweit die Macht und die Kraft innerhalb der Reihen der Textilarbeiterchaft vorhanden ist, um die Ansprüche des Unternehmertums abzuwehren. Wenn innerhalb der einzelnen Betriebe der Verband der Unorganisierten ein nicht so großer wäre, d. h., daß die Zahl der freigewerkschaftlichen Organisierten eine größere wäre, würden sich die Unternehmer wohlweislich überlegen, ob sie derartige Raubzüge auf die Taschen der Arbeiterchaft anzuordnen bzw. durchzuführen in der Lage sind. Die Anordnung des Arbeitgeberverbandes muß Anlaß dazu sein, in allen Betrieben mit doppelter Kraft zu agieren und Mitglieder für den Deutschen Textilarbeiterverband zu werben.

## Ausperrung von 5000 Textilarbeitern in Düren.

Das Lohnabkommen für die Textilindustrie in Düren (Rheinland) war seitens des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes und des Christlichen Textilarbeiter-Verbandes zu Ende Juli gekündigt worden. Den Unternehmern waren mit der Kündigung folgende Forderungen unterbreitet worden:

1. Die bestehenden Zeit- und Akkordlöhne um 15 Proz. zu erhöhen
2. Die Löhne der weiblichen Arbeiter denen der männlichen gleichzustellen, sofern es sich um die gleiche Arbeit handelt.
3. Die normale Alterslohnstaffel dahin zu ändern, daß der männliche Zeithornarbeiter mit dem vollendeten zwanzigsten Lebensjahr den Spitzenlohn seiner Abteilung erreicht.
4. Den Betriebsarbeitern und Betriebsarbeiterinnen nach dreimonatiger Betriebszugehörigkeit den vollen Lohn zu zahlen.
5. Alle im Gruppenakkord oder Prämienystem arbeitenden Leute fallen unter die Bestimmung des Manteltarifsvertrages Ziffer 1 Akkordarbeit.
6. Die Spannenlohnätze für die Verbandsstoffabrik abzuschaffen und den Facharbeitern den bisherigen Höchstlohn zu zahlen.
7. Den Wäskerei- und Wäskereiarbeitern eine Raßzulage zu gewähren, sofern kein Gruppenakkord besteht.

Der bisherige Tariflohn für männliche Facharbeiter beträgt 63,5 Pf., für weibliche Facharbeiter 40 bis 43 Pf. Die Unternehmer erklärten, an eine Lohnhöhung sei nicht zu denken, wohl seien sie gewillt, eine Lohnherabsetzung vorzunehmen. Die Verhandlungen zeitigten keinerlei Ergebnis. Die Arbeiter der Weberei, etwa 150 Personen, der Firma Thomas Jos. Heimbach in Düren kündigten daraufhin ihr Arbeitsverhältnis auf. Der Arbeitgeberverband sprach daraufhin die Kündigung sämtlicher Textilarbeiter Dürens aus. Die Kündigungsfrist ist 14 Tage. Von der Ausperrung betroffen sind 14 Betriebe mit rund 5000 Arbeitern und Arbeiterinnen. Die Arbeiterchaft ist gewillt, den Kampf aufzunehmen und sieht geschlossen hinter ihrer Verbandsleitung.

## Keine Ausperrung in Lancashire.

Die drohende Ausperrung der gesamten englischen Baumwollindustrie zum 1. August ist nicht perfekt geworden, weil es unparteiischer Seite gelang, rechtzeitig eine Einigung in dem Streit, der für die Ausperrungsandrohung den Anlaß gab, herbeizuführen. Die Arbeiter der Ramsey-Spinnerei in Oldham haben die Arbeit wieder aufgenommen. Unsere Notiz in der Nummer 31 und die Meldungen anderer Blätter berichtend, ist festzustellen, daß der Streit in der Ramsey-Spinnerei deshalb ausbrach, weil die Belegschaft dieses Betriebes nicht länger mit einem Arbeiter zusammenarbeiten wollte,

der seit etwa Jahresfrist der Gewerkschaft nicht mehr angehörte. Dieser Arbeiter ist dem Verbandsverbande inzwischen wieder beigetreten.

Zweifellos hätten die Unternehmer, wenn sie aus einer Ausperrung siegreich hervorgegangen wären, ihre Position ausgenutzt, ihr langersehntes Ziel der Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung zu verwirklichen.

## Gewerkschaftskongreß Hamburg.

Zum Gewerkschaftskongreß in Hamburg sind als Delegierte unseres Verbandes folgende Kollegen gewählt worden:

1. Fritz Dahmann, Hannover.
2. Otto Schubert, Mühlhausen i. Thr.
3. Leo Gerag, Barmen.
4. August Thür, Krefeld.
5. Adolf Rieslich, Lörrach.
6. Karl Schönleben, Augsburg.
7. Paul Reinhold, Greiz.
8. Alfred Badstübner, Dresden.
9. Gustav Zwaahr, Dresden.
10. Georg Graupe, Zwickau.
11. Walter Friedel, Delsnig.
12. Kurt Gabler, Hohenstein-Ernstthal.
13. Bruno Schumann, Liegnitz.
14. Agnes Höder, Liegnitz.
15. Emil Müller, Sorau.
16. Karl Schrader, Berlin.
17. Hugo Ködel, Berlin.
18. Josef Feinhals, Berlin.
19. Josef Lang, Berlin.
20. Math. Kirchner-Schwibus.

## 400 000 Mark für die Berufsberatung.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung hat gelegentlich der Haushaltsberatungen für die Berufsberatung für das erste Etatsjahr (1. April bis 30. September) 400 000 Mark ausgesetzt. Diese Mittel sollen nicht schlüsselmäßig auf die Landesarbeitsämter verteilt, sondern auf der Grundlage begründeter Anträge der Landesarbeitsämter und nur für solche Maßnahmen bewilligt werden, die dem Aufbau der örtlichen Berufsberatung dienen, jedoch im Rahmen des Haushaltsplanes des betreffenden Arbeitsamtes bzw. Landesarbeitsamtes zurzeit noch nicht finanziert werden können.

Auf Grund dieser Mittel soll es auch möglich gemacht werden, daß ein Austausch von erfahrenen Berufsberatern erfolgt. Arbeitsämter bzw. Landesarbeitsämter sollen Spezialkräfte dorthin senden, wo man noch nicht Gelegenheit hatte, etwa auf Grund fehlender Mittel solche Kräfte auszubilden.

Es wird wichtig sein, daß unsere Funktionäre, die in den Arbeitsämtern bzw. Landesarbeitsämtern sitzen, diese Gelegenheit benutzen, um die in Frage kommenden Mittel auch für ihren Bezirk in Anspruch zu nehmen, sofern auf dem Gebiet der Berufsberatung noch wenig geleistet worden ist.



### Kulturarbeit.

#### Kulturpolitische Arbeitswoche.

Im Interesse der Vereinheitlichung und Vertiefung des Arbeiterbildungswesens hat der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit den Versuch unternommen, die letzten Funktionäre aus dem ganzen Reich zu einer kulturpolitischen Arbeitswoche zusammenzurufen, um in eingehender Weise die wichtigsten theoretischen und praktischen Fragen der sozialistischen Kulturarbeit zu erörtern. Diese Arbeitswoche, die vom 8. bis 14. Juli im „Haus des Volkes“ in Probstzella abgehalten wurde, wies einen ungewöhnlich starken Besuch auf. Es waren aus allen Bezirken des Reiches etwa hundert Personen erschienen, und zwar neben den Leitern der Bildungsarbeit in den einzelnen Bezirken die Wanderlehrer des Reichsausschusses, Lehrer an Arbeiterschulen, Leiter von Arbeiterbüchereien und Buchhandlungen, Jugendsekretäre, Vertreter befreundeter Organisationen und Vertreter aus dem Auslande. In intensiver Zusammenarbeit wurden während der ganzen Woche die Fragen durchgesprochen, die vorher schon in Form von Leitfäden den Teilnehmern zugänglich gemacht worden waren.

#### Intensivere Bildungsarbeit

An den ersten zwei Tagen wurde der Stand des Arbeiterbildungswesens in Deutschland erörtert. Es referierte zunächst H. Stein, Berlin, über die organisatorischen Grundlagen des Arbeiterbildungswesens, und anschließend daran Dr. Karl Schröder, Berlin, über Inhalt und Methodik der proletarischen Bildungsarbeit. In beiden Referaten wurden mit aller Schärfe die Aufgaben umrissen, die sich sowohl in organisatorischer Beziehung wie im Hinblick auf die prinzipielle Zielsetzung und Form der sozialistischen Bildungsarbeit aus dem gegenwärtigen Stand der Bewegung ergeben. Daneben wurden auch die Grenzen zwischen der Parteibildungsarbeit und der sogenannten „neutralen“ Volkshochschularbeit gezogen. In der anschließenden sehr inhaltreichen Debatte wurden die wichtigsten Fragen soweit geklärt, daß von einer einmütigen Zielsetzung in der Richtung einer konsequenten sozialistischen Schulungsarbeit und einer Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterbewegung gesprochen werden kann.

#### Die Gewinnung der Jugend.

An diese Debatte schloß sich am dritten Tage die Behandlung des Jugendproblems. Es galt bei dieser Frage, die Stimmungen und Strömungen in der proletarischen Jugend kennenzulernen und bei den Bildungsfunktionären eine einheitliche Auffassung über ihre Stellung zur Jugend herbeizuführen. Als Referenten waren Helmut Wagner, Dresden, und Erich Menhauer, Berlin, gewonnen worden. Während der erstere das Jugendproblem psychologisch und soziologisch zu werten suchte, behandelte der zweite Referent die Frage im Zusammenhang mit der organisatorischen Zersplittertheit der heutigen Jugendbewegung und der Vielgestaltigkeit der Einflüsse, unter der die Jugend steht. Da sich unter den Anwesenden auch eine beträchtliche Anzahl von Jugendsekretären befand, die auf Grund langjähriger praktischer Erfahrung sprechen konnten, nahm die Debatte einen äußerst interessanten und für alle Teilnehmer sehr lehrreichen Charakter an.

#### Praktische Fragen.

Die folgenden Tage waren einzelnen praktischen Fragen gewidmet. Karl Wenz, Dresden, referierte über das sozialistische Verlags- und Buchhandelswesen, Josef Sezer, Berlin, über das Buchereiwesen, Adolf Johanneson, Hamburg, über sozialistische Festkultur. An die beiden ersten Referate schloß sich eine sehr eingehende Aussprache, an der auch die Vertreter des Verlages Diez und des Bücherkreises wie auch die Leiter einiger der größten Arbeiterbüchereien teilnahmen. Mit Recht wurde hervorgehoben, daß die weitere Entwicklung des Arbeiterbildungswesens in engstem Zusammenhang mit dem Ausbau der Arbeiterbüchereien und der intensiven Förderung des sozialistischen Verlagswesens stehe. Zahlreiche Wünsche wurden laut, so insbesondere die, daß der Herausgabe billiger sozialistischer Schriftenreihen und sozialistischer Lehrbücher die größte Aufmerksamkeit gewidmet werde. In bezug auf das Buchereiwesen wurde die Notwendigkeit einer größeren Zentralisation und eines systematischen Aufbaus betont. Beim Thema Festkultur wurden schließlich in eingehender Weise die Mittel und Wege erörtert, durch die den proletarischen Festen eine härtere sozialistische Note und eine bessere Einwirkungsmöglichkeit auf das Gefühlsleben der breiten Massen verliehen werden könne.

Der letzte Tag der Arbeitswoche wurde schließlich den Fragen Lichtbild, Film und Radio gewidmet. Nach Referaten von Richard Weimann und Marie Harder, Berlin, wurden im einzelnen die praktischen Fragen erörtert, die mit der stärkeren Ausnutzung dieser wichtigen Propaganda- und Aufklärungsmittel in Verbindung stehen. Manche wertvollen Fingerzeige wurden gegeben, die es sicherlich ermöglichen werden, daß auch die neuesten technischen Errungenschaften in stärkerem Maße als bisher in den Dienst der sozialistischen Bildungsarbeit gestellt werden.

Die allgemeine Aussprache, mit der die Arbeitswoche abgeschlossen wurde, zeigte das erfreuliche Bild, daß die gemeinsame Durchberatung der wichtigsten theoretischen und praktischen Fragen in hohem Maße dazu beigetragen hat, eine einheitliche Auffassung in den Reihen der leitenden Bildungsfunktionäre und eine starke persönliche Annäherung zwischen den Vertretern der einzelnen Bezirke herbeizuführen. Auch der Zusammenhang zwischen der Zentrale und den einzelnen Orten im Reich ist durch die Arbeitswoche in hohem Maße gefördert worden. Die Teilnehmer schieden voneinander mit dem fröhlichen Bewußtsein, daß sie durch die Tagung, die im wahren Sinne des Wortes eine Arbeitstagung war, ein gut Stück weitergekommen sind, und daß sie bei der bevorstehenden Winterarbeit als Träger einer starken einheitlichen Bewegung in Aktion treten können.

Wir machen unsere Größe nicht, aber unter sehr bestimmten Voraussetzungen. Darunter sind die Grenzen der menschlichen Existenz. Aber auch die positive Seite ist nicht die in den Köpfen der Menschen liegende Tradition, sondern eine Rolle, wenn auch nicht die entscheidende. Friedrich Engels.

# Politische Wochenschau.

Der Streit um das Panzerschiff. — Friedensopfer der Kriegsmarine. — Die Feier des Verfassungstages. — Bayerischer Polizeistandal. — Dr. Luthers Leitfäden. — Der Tod des Kroatienführers.

Die Reichsregierung hat den Beschluß gefaßt, die Lieferungen für den Bau des Panzerschiffes A zu vergeben. Dieser Beschluß hat in der Arbeiterschaft außerordentliche Unruhe erregt. Zur Begründung für ihr Verhalten führt die Regierung an, daß die erste Rate für dieses Schiff im Betrage von 9,8 Millionen Mark bereits im vorigen Jahre von der damaligen Reichstagsmehrheit bewilligt worden sei und daß die frühere Regierung diesen Betrag bereits in den Etat für 1928 eingestellt habe. Das Reichshaushaltsgesetz sei bereits in Kraft getreten, die jetzige Regierung sei nicht imstande, daran etwas zu ändern und insoweit seien die ersten Arbeiten für das Panzerschiff vergeben worden. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Reichstagswahl vom 20. Mai neue Tatsachen geschaffen hat und daß allgemein erwartet werden konnte, daß dem auch von der neuen Regierung Rechnung getragen werde. Die sozialdemokratischen Minister in der Regierung mögen sich in einer schwierigen Lage befunden haben, aber sie hätten sich daran erinnern müssen, daß noch in der Wahlagitatio und auch bei der Frage des Eintritts in die Regierung der Bau des Panzerschiffes A als nicht gerechtfertigt bezeichnet worden ist, noch dazu in einer Zeit, in der für die dringendsten sozialen Aufgaben die Mittel fehlen. Zum mindesten hätten die sozialdemokratischen Minister die leitenden Körperschaften ihrer Partei befragen müssen, ob sie dem Beschlusse des Kabinetts zustimmen oder eine Regierungskrise wegen des Panzerschiffes herbeiführen sollen. Die kommunistische Presse benutzte die Gelegenheit, um Angriffe gegen die Sozialdemokratie zu richten und damit von neuem Verwirrung in die Arbeiterschaft hineinzutragen. Dazu sei bemerkt, daß die Kommunisten, wo sie die Herrschaft haben, also in Sowjetrußland, den Kriegsschiffbau mit allen Mitteln zu fördern suchen, zum anderen aber jorgt die Sozialdemokratische Partei selbst dafür, daß etwaige politische Fehler so schnell wie möglich korrigiert werden. Der Parteivorstand und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben sofort eine besondere Sitzung einberufen und darin ihrem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die sozialdemokratischen Minister nicht die Möglichkeit gefunden haben, in der Kabinettsitzung durch Abstimmung klar zum Ausdruck zu bringen, daß sie, in Übereinstimmung mit der gesamten Partei, entschiedene Gegner des Baues des Panzerschiffes sind. Im übrigen wird sich der Parteiausschuss und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie mit dieser Angelegenheit noch eingehend beschäftigen.

Der Bau des Panzerschiffes ist um so weniger notwendig, als es für den Ernstfall gar keine Bedeutung hat. Darüber sind sich alle Sachverständigen einig, trotzdem besteht aber die Marineleitung auf der Durchführung des Beschlusses des Reichstags vom vorigen Jahr mit der Begründung, man dürfe in Deutschland den Bau von Kriegsschiffen nicht ganz verkennen. In einer Zeit also, wo man sich in aller Welt mit der Abrüstung beschäftigt, wenn auch vorläufig nur theoretisch, soll in Deutschland der Schiffsbau gefördert werden. Im Zusammenhang damit verdient eine Statistik Beachtung, die die „Frankfurter Zeitung“ über die Unglücksfälle in der Kriegsmarine in den letzten 4 Jahren aufgestellt hat. Danach sind in dieser Zeit nicht weniger als 112 Menschen auf Kriegsschiffen ums Leben gekommen, ungerechnet die Fälle, in denen kleinere Fahrzeuge durch Stürme vernichtet oder beschädigt worden sind. Die Zahl der Todesopfer wird also in Wirklichkeit noch viel höher sein. Auch die Gefahr, die die Kriegsmarine schon im Frieden bildet, sollte ein Grund für Deutschland sein, den Kriegsschiffbau endlich einzustellen und damit durch die Tat zu zeigen, daß es nichts anderes will als die Förderung des Friedens unter den Völkern!

Die Feier des Verfassungstages hat in ganz Deutschland, mit Ausnahme höchstens in Bayern, einen guten Verlauf genommen. Wenn auch der 11. August noch nicht zum gesetzlichen Feiertag erklärt worden ist, so wird er doch in immer größerem Umfange in der Öffentlichkeit gewürdigt. Allerdings macht man das häufig bei den Behörden und in

den Schulen in einer Weise ab, daß es mehr wie eine Verhöhnung der Republik ausieht. Es gibt eben immer noch sehr viele Leute, die zwar von der Republik Gehälter und Pensionen annehmen, sonst aber keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um ihr ihre Mißachtung zu bezeugen. Das Reichsbanner hat in Frankfurt a. M. eine große Verfassungsfeier veranstaltet, die von vielen Zehntausenden aus allen Teilen des Reiches besucht war und einen glänzenden Verlauf nahm.

In Bayern gibt es wieder einmal einen politischen Standal. Der frühere Wittlingbündler Werner Abel hat gegen den Chef der bayerischen Landespolizei, Oberst v. Selzer, der in der Vorgeschichte des Hitler-Putschs eine sehr zweideutige Rolle gespielt hat, sowie gegen zwei hohe Beamte der Münchener Polizeidirektion Strafanzeige wegen Vorfälschung erstattet. Er behauptet, daß ihm und einem Kameraden im Oktober 1923 zwei Pässe mit falschem Namen ausgestellt worden seien. Abel berichtet weiter, daß der Mörder des sozialdemokratischen bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis, der im Juni 1921 getötet worden ist, sich noch zwei Jahre danach mit Wissen der bayerischen Behörden in München aufgehalten habe. Er sei von dort erst geflohen, als er wegen politischer Zwistigkeiten seine Verhaftung befürchtete. Inzwischen ist noch festgestellt worden, daß auch andere Rechtsputzlisten in München falsche Pässe erhalten haben. Die beschuldigten Beamten suchen sich mit leeren Dementis aus dieser Affäre zu ziehen, es ist jedoch zu erwarten, daß der Reichstag und der Bayerische Landtag sich mit der Sache noch befassen werden, wenn die bayerische Staatsanwaltschaft dem Strafantrag nicht Folge geben sollte.

Der von dem früheren Reichstanzler Dr. Luthers gegründete „Bund zur Erneuerung des Reichs“ hat eine Anzahl von Leitfäden aufgestellt, die vorzeitig von einer deutsch-nationalen Zeitung veröffentlicht worden sind. Es heißt darin, daß Preußen zusammen mit den kleineren norddeutschen Ländern zum Reichsländ gemacht und direkt der Reichsregierung unterstellt werden soll. Dagegen will der Bund Bayern, Württemberg, Sachsen und Baden in der bisherigen Weise fortbestehen lassen. Dieser Plan bedeutet nichts anderes, als eine Zerstückelung Preußens zugunsten des Partikularismus der süddeutschen Staaten, besonders Bayerns. Er richtet seine Spitze gegen die Arbeiterschaft, deren verhältnismäßig starker Einfluß in den norddeutschen Ländern gebrochen werden soll. Demgegenüber ist an dem Standpunkt festzuhalten, daß die Schaffung des deutschen Einheitsreiches nur durch eine gleichzeitige Willenserklärung aller Länder erfolgen kann, und daß es unbedingt abgelehnt werden muß, Preußen und den anderen norddeutschen Ländern die Selbständigkeit zu nehmen, nur damit Bayern und einige andere süddeutsche Länder erst recht sich an ihre Selbständigkeit klammern können.

Der Kroatienführer Stefan Raditsch ist den Verletzungen erlegen, die er beim Revolverattentat in der serbischen Kammer erhalten hat. Schon unter den Habsburgern im Jahre 1904 hatte er die kroatische Bauernpartei gegründet. Nach dem Weltkrieg lehrte er die Gründung des jugoslawischen Königreiches ab und kämpfte für die Selbständigkeit Kroatiens. Im Jahre 1925 schloß er mit der jugoslawischen Regierung Frieden und trat als Unterrichtsminister in das Ministerium ein. In der letzten Zeit hatten sich jedoch die Gegensätze zwischen der kroatischen Bauernpartei und den serbischen Radikalen, der eigentlichen Regierungspartei, außerordentlich verschärft. Es kam dann schließlich zu dem Revolverattentat. Der Tod Raditschs wird nur dazu beitragen, die Spannung zwischen Kroaten und Serben noch zu vergrößern, allerdings hat Raditsch in seinem Testament die Bevölkerung Kroatiens, bei der er in hohem Ansehen stand, dazu ermahnt, die Ruhe zu bewahren. Es ist deshalb zu erwarten, daß man zunächst auf friedliche Weise versuchen wird, zum Ausgleich zu kommen.

## Soziale Befreiung durch soziale Menschen.

Wir leben nicht gerade in der besten aller Welten. Wer mit einigermaßen geschärften Sinnen durchs Leben schreitet, die zahllosen wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten in der Besitz- und Eigentumsverteilung, der Arbeitsverhältnisse und auch der sonstigen Lebensweise auch nur einigermaßen zu empfinden vermag, müßte verzweifeln, wenn diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Weisheit letzter Schluss sein sollte. Nein, das kann, darf und wird nicht sein, wenn die auf der Schattenseite Lebenden nicht selbst ihre größten Feinde sein würden. Unsere Gegner leben nur von unseren Fehlern, und sie tun natürlich alles, um uns darin nach Kräften recht hart zu machen. Sie kennen unsere Fehler ganz genau. Das ist mir wieder während des Urlaubs deutlich zum Bewußtsein gekommen.

Ich mußte an einem gemeinsamen Mittagstisch teilnehmen, an dem ein kleiner Fabrikant, der Geschäftsführer einer größeren Unternehmung und ein Lehrer in einem Dorf des mitteldeutschen Industriegebietes die Kosten der Unterhaltung bestritten. Diese Unterhaltungen waren mißunter sehr des Zuführens wert. Ohne daß diese drei Herrschaften es vielleicht wußten, kamen sie auf soziale Fragen zu sprechen, und der Kern ihrer lebhaften Auseinandersetzungen gab mir mehr als einmal zu denken. Diese Männer redeten ganz zwanglos, ohne jede Hemmung sprachen so, wie ihnen der Schnabel gewachsen war, wie sie wirklich dachten. Es waren nicht gerade ehrenvolle Zeugnisse, die sie dem sozialen Charakter der Arbeiter und Angestellten ausstellten. Der Kern ihrer Ausführungen war folgender: Wir brauchen die Arbeiter und Angestellten in Wirklichkeit nicht zu fürchten, denn sie sind selbst ihre größten Feinde. Sie sehen nur auf hohen Lohn und möglichst kurze Arbeitszeit, alles andere ist ihnen dann Wurst.

Die Arbeitskameraden, die bei irgendeiner Arbeitsverwendung als Vorgesetzte tätig sind oder die überhaupt Vorgesetzte sind, werden von den anderen mit scheelen und mißgünstigen Blicken betrachtet und die vorgeetzten Arbeiter und Angestellten fühlen sich tatfächlich auch sofort als Höherstehende, als nicht mehr ganz zu ihren bisherigen Arbeitskameraden Gehörende. Sobald einer etwas mehr erhält als der andere, fühlt er sich über den anderen stehend, vergißt ganz, woher er gekommen ist und was er gemein ist. Bierschiff ist er schlimmer als der wirkliche Vorgesetzte. Solange die Arbeiter an einem solchen gebrochenen Charakter leiden, solange sie sich immer als „verhinderte Direktoren“ fühlen und nicht bis zur Erreichung ihrer Ziele fest zusammenstehen, ganz gleich, ob der eine etwas mehr erhält als der andere oder etwas mehr ist als der andere, solange sie sich also nicht als wirkliche Brüder und einem einheitlichen Ziele zustrebende Genossen fühlen, solange brauchen die Unternehmer nicht vor ihnen ernstlich um ihre Herrschaft bange zu sein.

Das war gewissermaßen der Kern dieser Unterhaltungen. Sehr viele Leser dieser Zeilen werden mir zustimmen, wenn ich sage, daß diese Unterhaltung tatfächlich eine nach außen nicht sichtbare, aber um so gefährlichere innere Wunde der sozialen Befreiungsarbeit der Arbeiterbewegung bloßgelegt hat. Von dem, was diese Männer sich, ohne daß sie irgendwie gezwungen waren, unterhielten, steht viel Wahres.

Ich habe in diesen Tagen sehr häufig darüber nachgedacht. Wir würden viel weiter sein, wenn wir sowohl äußerlich wie innerlich feste und ungeborene sozialistische Menschen sein würden, unsere Handlungen stets und ständig von dem Bewußtsein unserer Aufgabe getragen und erfüllt sein würden. Die Schwere der vor uns liegenden Aufgaben liegt doch darin, daß wir durch und durch von dem Geist besetzt sein müßten, mit dem wir eine neue Gesellschaft erfüllen wollen. Ganz



# Der ADGB. im Jahre 1927.

Die Entwicklung der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Verbände hat im Jahre 1927 unter dem Einfluß der besseren Wirtschaftslage gute Fortschritte gemacht. Sie verzeichnen eine erfreuliche Mitgliederzunahme durch die Finanzkraft der Verbände steigerte sich erheblich. Durch die schwere Wirtschaftskrise verursachte rückläufige Bewegung der Mitgliederzahlen kam im Herbst 1926 zum Stillstand und war gegen den im September eingetommenen Stand der Mitglieder bis Ende des Jahres bereits über eine Zunahme von 47.391 Mitgliedern eingetreten. Die Kurve der Aufwärtsbewegung setzte sich sodann das Jahr 1927 hindurch ununterbrochen fort und ging auch in das neue Jahr über.

Der Gesamtzuwachs an Mitgliedern beläuft sich im Berichtsjahr auf 482.754 = 12,2 Proz. des Bestandes Ende 1926. Nach der vorläufigen Mitgliederstatistik des ADGB. bis März 1928 eine weitere Vermehrung der Mitgliederzahl um rund 132.000 eingetreten, so daß, ausgehend von dem im September 1926 eingetommenen Bestand an Mitgliedern der ADGB. bis März 1928 einen Gewinn von 655.000 Mitgliedern zu verzeichnen hat. Ungemein günstig entwickelt sich der Metallarbeiterverband, der im Berichtsjahr um 144.000 Mitglieder zunahm. Der prozentuale Zuwachs ist auch am stärksten beim Tabakarbeiterverband, der seine Mitgliederzahl um 12.421 vermehrte.

Im Jahresdurchschnitt berechnet (vier Quartale) tritt die Mitgliederentwicklung nicht so günstig hervor, als bei der Gegenüberstellung der Jahresendzahlen. Es zählen die Verbände im Durchschnitt des Jahres 1927 insgesamt 4.150.160 Mitglieder gegen 3.977.309 im Vorjahre. Es beträgt der Zuwachs 172.851 Mitglieder, der fast ausschließlich auf die männlichen entfällt. Die Ziffer der weiblichen Mitglieder steigt sich dagegen bedauerlicherweise noch weiter, und zwar im Vorjahre auf 650.501 im Berichtsjahre. Die Zahl der jugendlichen Mitglieder stieg von 117.597 auf 138.872, doch werden die jugendlichen Mitglieder durch die Verbandsstatistik nicht völlig genau ausgewiesen.

Die nächstjährige Statistik wird in bezug auf die Mitgliederentwicklung im Jahresdurchschnitt erheblich bessere Resultate aufweisen können, da erst in ihr der Aufstieg der Mitgliederzahlen im Berichtsjahr zur völligen Geltung kommt. Insbesondere ist wieder ein Ansteigen der weiblichen Mitglieder zu erwarten, da sich diese von Ende 1926 bis Dezember 1927 um 53.050 erhöhte.

Die günstige Entwicklung der Verbände wird weiter gekennzeichnet durch ein

### erhebliches Anwachsen der Einnahmen.

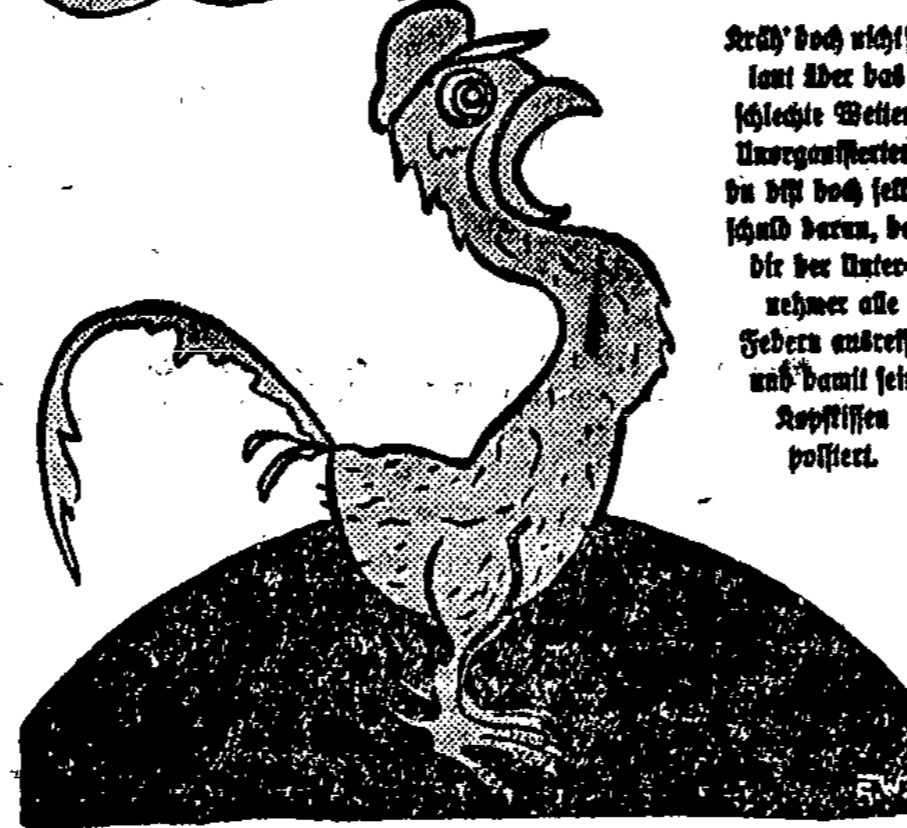
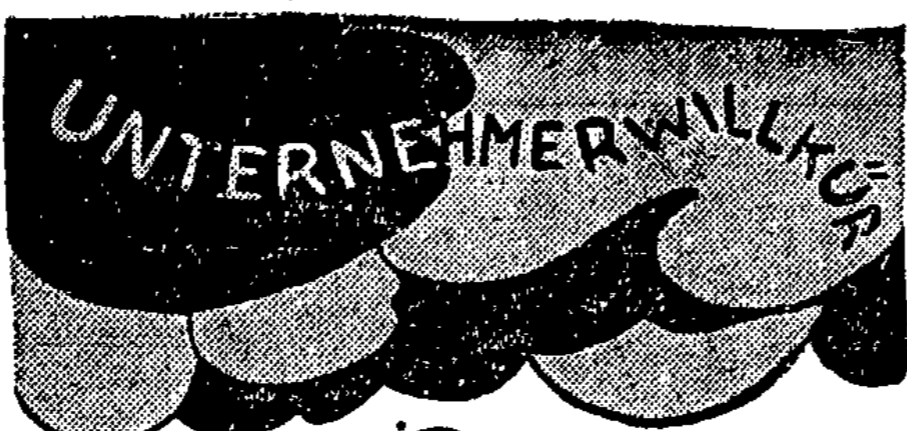
Insbesondere gestiegen ist die Beitragseinnahme. Es wurden insgesamt 182.252.326 Mark vereinnahmt, davon 613.598 Mark an Beiträgen. Im Vorjahre betrug die Beitragseinnahme 148.139.716 Mark, hieron entfielen 638.607 Mark auf Beitragsleistung. Die Beitragseinnahmen im Berichtsjahr setzten sich zusammen aus 2.620.273 Mark (1926: 116.942.931 Mark) an Verbandsbeiträgen, 25.976.982 Mark (18.593.697 Mark) an Lokalbeiträgen und 1.016.363 Mark (2.101.979 Mark) an Extrabeiträgen. Die Steigerung der Beitragseinnahme ist nicht allein auf die gewachsene Mitgliederzahl zurückzuführen, sondern in viel größerem Maße der Erhöhung der Beitragssätze zuzuschreiben. Auch die im Berichtsjahr sehr geringere Arbeitslosigkeit der Mitglieder hat einen guten Anteil an dem günstigen finanziellen Ergebnis der Verbände. Es kam auf jedes Mitglied 1927 eine Beitragseinnahme von 43,87 Mark gegen 34,62 Mark im Vorjahre.

### Die Ausgaben

Die Verbände zeigen im Berichtsjahr eine gegen das Vorjahr völlig abweichende Gestaltung. Bei ihnen tritt der Unterschied zwischen den Zeiten einer Wirtschaftskrise und einer guten Konjunktur recht deutlich zutage. Die Gesamtausgabe betrug im Berichtsjahr 129.453.897 Mark, sie war um 6.066.094 Mark geringer als im Vorjahre. Erheblich rückgegangenen ist die Ausgabe für Unterstützungen, die im Jahre 1927 40.965.984 Mark betrug, während sie im Vorjahre 62.064.263 Mark ausmachte. Den größten Anteil an der Verminderung dieser Ausgaben hat die Arbeitslosenunterstützung, für die im Berichtsjahre 14.881.556 Mark gegen 39.607.609 Mark im Vorjahre verausgabt wurden. Die Unterstützungen wurden im einzelnen noch aufgewendet:

für Reiseunterstützung 437.164 Mark, Krankenunterstützung 17.892.547 Mark (1926: 14.758.596 Mark), Invalidenunterstützung 2.020.451 Mark, Sterbefallunterstützung 2.711.095 Mark, sonstige Unterstützungen 2.370.917 Mark, und Rechtschutz 652.254 Mark. Gestiegen ist die Ausgabe für wirtschaftliche Bewegungen und Arbeitskämpfe, und zwar von 6.100.760 Mark im Jahre 1926 auf 11.358.288 Mark im Berichtsjahre. Für Bildungszwecke wurden 8.834.151 Mark verausgabt, davon 5.964.577 Mark für Verbandsorgane. Die Verwaltungskosten beliefen sich für alle Verwaltungszweige zusammen auf 43.197.600 Mark, und die Ausgaben für Agitation, Konferenzen, Verbandstage, Verbindungen usw. erforderten die Summe von 25.107.874 Mark.

Vollzieht sich das neue Wachstum der Verbände auch nicht in dem gleichen stürmischen Tempo wie nach der Beendigung des Krieges, so können doch die gegenwärtigen Fortschritte der Gewerkschaften als eine gute Bürgschaft für den sicheren Aufstieg der Arbeiterschaft zur wirtschaftlichen Macht angesehen werden. Ueber die Einzelheiten des organisatorischen Bestandes des ADGB., der Finanzgebahrung der ihm angeschlossenen Verbände und der Ortsausschüsse unterrichtet das Jahrbuch des ADGB. für 1927, auf dessen Wert zur Beurteilung der Wirksamkeit der Gewerkschaften hingewiesen sei. (Gewerkschafts-Zeitung.)



Stroh doch nicht so  
laut über das  
schlechte Wetter,  
Unorganischer,  
da ist doch selbst  
schon daran, daß  
die der Unter-  
nehmer alle  
Federn anstreift  
nach damit sein  
Kopffleisch  
polliert.

## Der Wirkungsbereich des Schlichtungswesens.

Das Schlichtungswesen ist noch immer Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen. Ueber den Wert desselben sind die Meinungen sehr geteilt. In der „Industrie- und Handelszeitung“ Nr. 184 finden wir eine Zusammenstellung, die außerordentlich lehrreiche Einblicke in den Wirkungsbereich des Schlichtungswesens gewährt:

„Uns liegt eine Zusammenstellung von kompetenter Stelle vor, die einen derartigen Ueberblick recht gut vermittelt. Erstfaßt worden sind 402 Lohnverträge mit über 5 1/2 Millionen Arbeitern nach dem Stande vom 24. Juli 1928. Von diesen Verträgen sind 46 = 11,4 Proz. durch verbindlich erklärten Schiedspruch zustande gekommen, 64 = 15,9 Proz. durch Vergleich vor dem Schlichter nach vorausgegangenen Schiedspruch, 147 = 36,6 Proz. durch beiderseitigen angenommenen Schiedspruch, 134 = 33,3 Proz. durch freie Vereinbarung; in 11 Fällen (2,8 Proz.) herrschte am 24. Juli ein tarifloser Zustand.“

Die Verbindlichkeitserklärung wurde also in verhältnismäßig wenigen Fällen ausgesprochen. Zu je einem Drittel konnten dagegen die Tarife durch beiderseitige Annahme bzw. durch freie Vereinbarung zustande kommen. Interessant ist aber, wenn man für obige Zusammenstellung die Zahl der Arbeiter zur Unterlage einer Betrachtung macht. Danach fielen 1,33 Millionen Arbeiter = 33,9 Proz. unter die verbindlich erklärten Tarife; eine Million Arbeiter = 18,1 Prozent unter die durch Vergleich vor dem Schlichter zustande gekommenen Tarife; 2,60 Millionen Arbeiter = 47,1 Prozent entfielen auf Tarife, die durch freie Vereinbarung oder beiderseitige Annahme zustande kamen. Die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen wird also hauptsächlich für den Wirkungsbereich der Großindustrie ausgesprochen. Diese Tatsache ist zweifellos sehr interessant. Die Organisationsverhältnisse sind in der Großindustrie in der Regel am schlechtesten und die Hartnäckigkeit der Unternehmer am größten. Deshalb hier auch die am meisten in Anwendung kommende Verbindlichkeitserklärung.

## Aus der Textilindustrie.

Fusionsvorschlag der A. Köbte u. Co. A.-G. — Textil-Syndikat G. m. b. H.

Die außerordentliche Generalversammlung der Friedr. Anton Köbte u. Co. A.-G., Obppersdorf, genehmigte einstimmig den Fusionsvertrag mit der Textil-Syndikat G. m. b. H., Berlin, und beschloß, das Aktienkapital um 2.988.000 Mark Stammaktien und unter Umwandlung der 12.000 Mark Vorzugsaktien in Inhaberaktien auf 6 Mill. Mark zu erhöhen. Die Firma wird umgewandelt in „Tejgra“, Vereinigte Strumpffabriken A.-G., mit Sitz in Chemnitz. In der Begründung der Fusion erklärte die Verwaltung u. a., daß zwar die Strumpfindustrie seit einigen Jahren eine starke Befestigung erlebt habe und daß zu erwarten sei, daß auch die nächste Zeit keinen plötzlichen Abbruch dieser Entwicklung bringen werde. Es müsse jedoch festgestellt werden, daß sich die Strumpfindustrie in einer teilweise veralteten und ungenügenden technischen und organisatorischen Verfassung befinden habe. In den letzten Jahren hätten die deutschen Strumpffabriken, insbesondere auch die Friedr. Anton Köbte u. Co. A.-G., erhebliche Mittel zum Zwecke der Reorganisation aufgewendet. Aus den laufenden Gewinnen seien weitere Investitionen aber schwer. Man sei daher zu einem Zusammenschluß mit der Textil-Syndikat G. m. b. H., Berlin, gekommen, die neben ihren wertvollen kaufmännischen Beziehungen auch ihre mit einem modernen Maschinenpark ausgerüstete Fabrikanlage einbringe. Man sei überzeugt, daß durch die Vereinigung die angestrebte günstige Entwicklung eintreten werde. In den Aufsichtsrat wurden als Vertreter der Darmstädter Bank gewählt Bankier Jakob Goldschmidt und Rechtsanwalt Bernhard. („Vossische Ztg.“) Glanzstoff schließt immer mehr.

Wie gewöhnlich im letzten Jahre die Entwicklung der deutschen Kunstseidenindustrie war, geht aus einem Ausweis der Vereinigten Glanzstoffabriken in Elberfeld über die Börsenzulassung von 15 Millionen neuen Aktien hervor. Der Konzern beherrscht in Gemeinschaft mit der J. P. Bemberg und der J. G. Fardentindustrie die deutsche Kunstseidenherzeugung. Die dauernden Beteiligungen der Glanzstoffabriken wurden nun in der letzten Bilanz für Dezember 1927, mit 37,13 Millionen Mark angegeben. Sie sind bis zum 30. April 1928 auf über 50 Millionen Mark angewachsen. Allem Anschein nach hat man auch im weiteren Verlauf des Jahres 1928 mit einer verstärkten Ausdehnung des Konzerns zu rechnen.

Die neu erworbenen Beteiligungen liegen in fast aller Herren Länder. In Frage kommen u. a. Oesterreich, Italien und Holland. In Deutschland sind Beteiligungen an der Spinnfaser-A.-G. Elsterberg und der Kodak in Berlin neu erworben. Das Hauptausdehnungsgebiet der Glanzstoffabriken liegt aber im Auslande.

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß in der Kunstseidenindustrie in letzter Zeit Wünsche nach stärkerem Zollschutz laut wurden. Wie vertragen sich diese Wünsche mit der Ausdehnung der deutschen Kunstseidenindustrie und vor allen Dingen mit ihrer Markterweiterung im Auslande?

Schließung in der Gladbacher Textilindustrie. Eine der älteren Spinnereien des Gladbacher Bezirkes, die Firma Gebrüder Mühlberg u. Co., in Mülfort, hat angeblich wegen Auftragsmangels den Betrieb vorläufig stillgelegt. Etwa 180 Arbeiter und Angestellte kommen zur zeitweiligen Entlassung.

Vom Flachsbau. — Ernteverringering im Osten. — Zugleich im Westen.

Die Meldungen über die Ernteaussichten in den osteuropäischen Ländern lassen erkennen, daß in Rußland, Polen und den Randstaaten insgesamt ein geringerer Ernteertrag zu erwarten ist als im Vorjahre. In Sowjetrußland, dem größten Flachsbauenden der Welt, wird der Stand der Flachsfelder von amtlicher Seite neuerdings als Mittel bezeichnet. Im westlichen Teil wird der Ernteertrag niedriger sein, und er ist für den russischen Markt ausschlaggebend.

Ungünstig scheinen die Verhältnisse in Estland zu liegen. In den wichtigsten Flachsbaugebieten von Pernau bis zur russischen Grenze wird nach einem amtlichen estländischen Bericht der Stand der Felder als unter dem Durchschnitt bezeichnet. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die estländische Ernte qualitativ und quantitativ schlechter ausfallen wird als im Vorjahre, wenn auch andererseits die Meldungen über Vernichtung eines größeren Teils des Flachsareals bestimmt übertrieben sind. Auch die Mitteilungen über Lettland klingen pessimistisch. Ein großer Teil der Felder soll nicht bestellt gewesen sein. Außerdem hatte die Provinz Lettland, das wichtigste Flachsbaugebiet Lettlands, unter den Ueber-schwemmungen stark gelitten. Bestenfalls wäre mit dem gleichen Ertrag wie im Vorjahre zu rechnen. In Litauen liegen die Verhältnisse günstiger. Der Stand der Flachsfelder wird als gut bezeichnet und die Pflanze konnte sich seit Anfang Juni gut entwickeln. Litauen wird in der neuen Saison von den drei Randstaaten mengenmäßig wohl der bedeutendste Exporteur werden. Wenn man die obigen Angaben zusammenfaßt und den Umfang berücksichtigt, daß auch in Polen die Flachsernteaussichten mit Ausnahme des Wilnoer Gebietes ungünstig sind, so ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß der Gesamtanbau in osteuropäischen Ländern in diesem Jahre tatsächlich niedriger sein wird. Die Rohstoffversorgung der europäischen Seidenindustrie wird dadurch aber keineswegs in Frage gestellt, denn in den letzten Jahren machte sich eine Tendenz zur Verschiebung des Schwerpunktes der Flachsversorgung von Osten nach Westen bemerkbar. Die europäische Seidenindustrie versucht immer mehr, ihren Bedarf an Flachsbau im Westen einzudecken. Am deutlichsten ist diese Tendenz bei England festzustellen, das im vorigen Jahre nur 1000 Tonnen Flachsbau und 200 Tonnen Berg aus Sowjetrußland bezog, während es vor dem Kriege aus Rußland über 30.000 Tonnen Flachsbau einführte. Dabei weist auch die Einfuhr aus den Randstaaten eine rückläufige Tendenz auf. Auch Deutschland bezog in den letzten drei Jahren seinen Flachsbau vornehmlich aus Belgien, wenn auch noch für die deutsche Industrie der russische und litauische Flachsbau von größter Bedeutung ist.

In diesem Jahre liegt das Schweregewicht des Flachsbauwerkes offensichtlich in Westeuropa, vor allem im Zusammenhang mit der Rohstoffversorgung in Belgien, Frankreich und Holland. Der Flachsbau in diesen Ländern wird in diesem Jahr den vorjährigen derart übersteigen, daß auch bei einem Rückgang des Ertrags aus dem Osten in der neuen Saison nicht mehr die Knappheit an Rohmaterial zu befürchten sein wird, wie es in dieser der Fall war.

Baumwolle in Ägypten. — 15 Proz. größere Fläche.

Die im Vorjahre in Ägypten leicht zurückgegangene Anbaufläche für Baumwolle ist 1928 fast wieder an das größere Areal von 1926 herangekommen. Die Saatlandbesetzungen sind nur wenig erweitert worden, die niederen Sorten nehmen und sonstige ziemlich erheblich. In Sudan (Süden) beträgt der Anbau nach dem Regierungsbericht: Saftland 799.323 (1927: 795.740), 1926: 980.783), Ashmouni 768.411 (599.149 bzw. 667.474), sonstige Sorten 170.538 (121.310 bzw. 136.445), das sind insgesamt 1.738.472 (1.516.129 bzw. 1.783.702) Fedden. („Frankf. Zeitung.“)

gleich, ob ich in sozialer Beziehung etwas mehr oder weniger meiner Arbeitstameraden stehe, etwas mehr oder weniger als er verdiene, unsere gemeinsame Aufgabe muß uns zusammenschweißen, unseren sozialen Charakter, unser soziales Bewußtsein nicht verletzen oder brechen. Wir können eine neue soziale Ordnung der Dinge doch nur dann schaffen, wenn aus dem Schoß der alten nur dann eine sozial bessere, harmonischere Ordnung erstehen lassen, wenn wir selbst als neue Menschen, als Menschen dieser von uns selbst gewollten neuen Ordnung unseren eigenen Kameraden gegenüber leben und danach handeln.

Wie können wir von den Unternehmern etwas erwarten, daß sie unserem Willen Verständnis entgegenbringen, wenn wir selbst noch in der alten Haut stecken? Nur durch das Beispiel können wir auf die anderen wirken, können wir die Unwissenden, die Zweifelnden zu unseren Ansichten bekehren und für uns gewinnen. Denke einmal jeder nach, wie oft er täglich gegen diese einfache Verständlichkeit feilt und verächtlich und lehme er sich vor, kraftvoll und energisch an seiner inneren Selbstzerstörung zu arbeiten und sein Handeln danach einzurichten. Er wird fühlen, daß er dann mit einer viel freudigeren, viel überzeugenderen Begeisterung für die soziale Befreiung der Arbeit streitet. Darauf kommt es an.

Die neue Welt, die neue soziale Ordnung wird um so eher kommen, als wir selbst nach innen und außen von dem Geist und der Bestimmung dieser Ordnung erfüllt sind. Dieses Erfüllung muß sich in allen Handlungen und Lebensäußerungen, kleinen wie großen, auswirken und die anderen anspornend beeinflussen.



### Berichte aus Fachkreisen.

**Aufel.** (Die neue Ehrenspeck Fabrik.) Der große Brand im Februar dieses Jahres, der die Fabrik Karl Fr. Ehrenspeck in Wölfe legte und unserem Wirtschaftsleben durch die dadurch erzwingende völlige Einstellung des Betriebes tiefe Wunden schlug, gehört der Vergangenheit an. Damit aber auch für alle Zeiten wohl die Tuchfabrik Ehrenspeck, denn wenn jeht, nachdem die Aufräumungs- und die Vorbereitungsarbeiten für den Wiederaufbau abgeschlossen sind, neues Leben aus den Ruinen zu erblühen beginnt, wird unsere reissausfällige Textilindustrie um eine neue Nuance bereichert. Die Firma Ehrenspeck hat sich entschlossen, eine sogenannte Bigogne-Spinnerei zu errichten und selbstständig zu betreiben. Bigogne ist ein Gemisch von Wolle und Baumwolle und findet als Garnmaterial in Trikotgewebereien Verwendung. Die Pläne sehen folgende Bauhöhen und Inneneinrichtungen vor: Im Anschluß an die vom Brand verschont gebliebene Wölferei, die weiterhin Verwendung findet, erhebt sich auf 1500 Quadratmeter Bodenfläche ein moderner einschiffiger Eisenbetonbau, der eine Mittelsäulengasse aus Spannweiten bis zu 18 Metern aufweist. Das abgebrannte Hauptgebäude bedeckt eine Fläche von 1000 Quadratmeter. Die Breite des früheren Gebäudes in der Front wird vorläufig nicht erreicht. Ein weiteres Anbaugebäude enthält neben dem Packraum mit Verladeampe Waagen, Ankleide- und Aufenthaltsräume für die Belegschaft. Der Arbeitsgang der neuen Spinnerei ist folgender: Die bisherige 1500pferdige Heißdampf-Compound-Lokomotive (als Reserve steht die alte, intakt gebliebene 200pferdige Dampfmaschine zur Verfügung) treibt einen Generator, in welchem die elektrische Energie erzeugt wird. Die Arbeitsmaschinen werden mit direkt gekuppelten Motoren angetrieben. Das zu verspinnende Material kommt zunächst in die Vorbereitung. Dasselbe besteht aus zehn miteinander verbundenen Maschinen, die das Material reinigen und für die Wölferei vorbereiten. Von den Wölfen wird das Material gemischt und mittels pneumatischer Förderanlage in die Krumpelei gelassen, und zwar in feineren Gefäße. Von diesen gelangt das Material auf die Krumpelei, wo das Vorgegarn hergestellt wird. Letzteres wird alsdann auf Seilstrahlen zu fertigen Garn verspinnen und in den anschließenden Raum verbracht, wo es in Kisten verpackt zum Versand kommt. Als Maschinenpark kommen in der Spinnerei vollständig zur Ausführung: 5 Dreikrempelstimente mit automatischer Bandübertragung und 5 Seilstrahlen mit zusammen 2400 Spindeln. Als Erweiterungsbau ist anschließend an die Spinnerei für das nächste Jahr eine Färbereiabteilung vorgesehen, um auch farbige Gewebe herzustellen. Als Belegschaft können in zwei Schichten vorerst 60-70 Personen beschäftigt werden. Das neue Fabrikgebäude muß innerhalb 3 Monaten bezugsfertig sein.

**Neumünster:** Seit Jahresfrist veranstaltet die hiesige Zahlstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes Vortrags- und Unterhaltungsabende für seine weiblichen Mitglieder, die stets einen guten Besuch aufweisen und sich immer größerer Beliebtheit erfreuen. Auf diesen Abenden werden Vorträge gehalten, die alle für die Frauen wissenschaftlichen Gebiete betreffen. Jeden Monat findet eine Zusammenkunft statt. Umrahmt werden diese Vorträge durch gute Musik, Darbietungen der Arbeiterjugend, Vorträgen aus Dichtwerken, Singspielen, plattdeutschen Vorträgen usw. Jedes Programm wird von der Arbeiterinnenkommission sorgfältig zusammengestellt. Im Juni hatte z. B. der Mandolinenklub „Mignon“ seine Kinderabteilung mit Herrn Sander in den Dienst gestellt. Die Kleinen brachten unter seiner sorgfältigen Leitung einige sehr hübsche Musikstücke zu Gehör, die ungeheuren Beifall hervorriefen. Dankenswerterweise vertritt der Verein „Mignon“ seit langer Zeit in der unerschöpflichsten Weise die Frauenabende und sind ihm die Textilarbeiterinnen dafür dankbar. Auch der beiden Herren Weisdorf sei gedacht, die so meisterhaft Klavier und Cello beherrschen und an den Zusammenkünften im Juni und jetzt am 18. Juli die Frauen durch ihr Spiel begeistert haben. Als Dritter im Bunde wirkte Herr Sander (Bass) mit, und nach Schluß des Abends wurden Stimmen laut, die sich äußerten, daß sie der Musik noch stundenlang lauschen könnten.

Als Vortragsstoff wurde an den letzten beiden Frauenabenden behandelt: „Die Frau im Wandel der Zeiten“. Die Veranstaltung sprach den Wunsch aus, dieses Thema weiter zu behandeln, weil der Stoff in den beiden Vorträgen noch nicht erschöpft wurde. Die Zeit nach dem Vortrag wurde mit Vorträgen und Beiträgen humoristischer und satirischer Art ausgefüllt. Zwischendurch labten die Frauen sich an Kaffee und Kuchen. Man lernt sich kennen, tauscht gegenseitig Gedanken aus und geht dann mit dem Bewußtsein nach Hause, einen schönen Abend verbracht und die Mittagsplaudereien etwas vergessen zu haben.

Andere Leser verlangen andere Formen, auch im Versammlungsraum. Das trifft ganz besonders auf Frauen zu, deren Empfinden ein anderes ist als das der Männer. Neben Vorträgen wissenschaftlicher und literarischer Art muß auch die Unterhaltung zu ihrem Recht kommen. Auch in der Form einer Unterhaltung kann Wissen und Bildung vermittelt werden, ganz gleich, ob es Diskussionen, Vorträgen oder gute Musik sind. Alles trägt dazu bei, der Frau, die den ganzen Tag das hässliche Geräusch der Nähmaschine hört, die müde Gedanken zu entspannen und sie auch etwas von der anderen Seite des Lebens sehen und fühlen zu lassen.

Die Bewegung innerhalb der Textilarbeiterinnen wird sich aber in Zukunft nicht nur in der Abhaltung von Frauenabenden erschöpfen, sondern auch Fragen wirtschaftlicher und politischer Art in den Kreis ihrer Besprechungen ziehen. Die Textilarbeiterinnen werden sich mehr als bisher bemühen, daß sie als eine der Organisationskräfte, die am Ende die meisten Frauen in ihren Reihen haben, sich diese Stelle entsprechend auch die ihnen gebührende Achtung verschaffen müssen. Nicht allein als sorgende Mutter innerhalb der Familie, sondern als Streiterin im demokratischen Kampfe und als Kämpferin auf dem höheren Lebensstufen kämpfen sie und auch das mühselige Schicksal mancher Herren der Fabrikwelt verstehen und sie werden ihre Lebensgefährtinnen als gleichberechtigte Partnerinnen kennen.

**Waldkirch (Breisgau).** Am Sonntag, dem 5. August, hatte die Bezirksfahle Waldkirch sämtliche Funktionäre zu einer Sitzung nach Waldkirch zusammengerufen. Trotz der großen Hitze hatten sich fast sämtliche Eingeladene eingefunden. Kollege Kahle von der Bezirksleitung erstattete den Bericht von der am 29. Juni in Freiburg stattgefundenen Lohnkommissions-Sitzung, in welcher einstimmig beschlossen wurde, von der Kundtanna des Lohnabkommens vorläufig noch Abstand zu nehmen, dagegen aber den Mantelvertrag zu kündigen, was am 1. Juli erfolgte. Die Gründe, die zur Kündigung des Lohnabkommens ins Feld geführt wurden, wurden von einzelnen Ausnahmen abgesehen, von den Funktionären gebilligt. Im Mittelpunkt der Konferenz stand das Referat der Kollegin Niemiera (Berlin). „Der Betriebsrat als Helfer im Arbeiterkampf“ lautete das Thema. Festgestellt muß werden, daß die Kollegin es vortrefflich verstand, auf Grund der Gewerbeordnung und des Betriebsrätegesetzes darauf zu verweisen, was die Arbeitgeber zum Schutze der Arbeiter

### Erholung in Herbstsonne!

In nicht mehr fernen Tagen beginnt es in der jetzt sommerlichen Natur zu herbsten. Der Herbst kündigt seinen Einzug an. Die jetzt sattgrüne Natur verfärbt sich langsam und mit dem September-Oktober tritt uns eine in überaus vielen Farben schillernde Natur entgegen.

Der Herbst in seiner Farbenpracht gibt der Natur ein Kleid, das wohl zu ihren schönsten zählen darf. Bald leuchtet uns ein zitronengelb, bald ein rotbraun, bald ein fattes Kupfer, bald ein orangebraun entgegen, darüber noch ein azurblauer Himmel. Wer wollte ob solcher Herrlichkeit nicht begeistert sein! Allen die Farben des Herbstes zu schildern ist unmöglich. Selbst einem Maler ist es nicht immer gegeben, sie mit seinem Pinsel festzuhalten.

Der Herbst zählt mit zu den schönsten Jahreszeiten. Die drückende Hitze des Juli-August ist vorüber, die Luft wird klarer und angenehmer. Beständige Bitterung zieht ein. Vor allem in den Bergen ist eine beständige Bitterung im Herbst eine bemerkenswerte Tatsache. Der Dagonreichtum der Wälder kommt voll zur Geltung und das meist schöne Wetter ladet zum Erholungsaufenthalte ein.

Die Zeit der Schulferien ist zu Ende, eine wohlthuende Ruhe umfängt uns in den Wäldern. Auch die schön gelegenen Dörfchen in den Bergen haben nicht mehr „Hochbetrieb“, es ist alles ruhiger und beschaulicher geworden; also die richtige Zeit zur Erholung.

Die Ferienhygienegesellschaft „Naturfreunde“ e. G. m. b. H., Sitz Jena, unterhält in den verschiedenen Gegenden des Reiches, wir nennen nur: Thüringer Wald, Erzgebirge, im märkischen Lande, Lüneburger Heide usw. Ferienheime, die es auch den mit irdischen Gütern nicht sonderlich belasteten Volksgenossen ermöglicht, in der herrlichen herbstilligen Natur auszuweichen, und dort die für den Alltag so notwendige Erholung zu finden. Die Preise sind als tatsächlich mäßig zu bezeichnen.



Ferienheim Reiherrhorst im märkischen Seengebiet

Interessenten verlangen den illustrierten Herbst-Sonderprospekt, der über alles Wissenswerte Aufschluß gibt. Den Anfragen bitten wir Rückporto beizufügen. Obige Abbildung eines unserer Ferienheime, die nur im groben Umriß die schöne Lage desselben zeigt.

ratswahl und Bierstuhlsystem, wozu auch die Unorganisierten eingeladen wurden. Die Versammlung für Urach fand am 31. Juli statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung hätte dieselbe etwas besser besetzt sein können. Es wurde zuerst ein Vorschlag zur Betriebsratswahl aufgestellt, worauf die Frage des Bierstuhlsystems erörtert wurde. Die Anwesenden waren allgemein der Auffassung, daß auf der einen Seite mehr gearbeitet werden soll, um auf der anderen Seite weniger zu verdienen. Den älteren Webern und Weberinnen, welche schon jahrzehntlang im Betrieb sind, gestattet die Firma drei Stühle zu bedienen, unbeschadet dessen, ob die Betroffenen auf ihren Lohn kommen oder nicht. Es ist das der Dank dafür, daß sie schon 30, 40 und 50 Jahre im Dienst der Firma ihre Gesundheit zu Marne getragen haben.

Die Versammlung für Hüben, die am 1. August stattfand, war gut besucht. Auch die Unorganisierten erschienen getreu der Einladung auf dem Platze. Auch hier wurde zuerst zur Betriebsratswahl Stellung genommen und eine Liste aufgestellt. Es wurden auch Unorganisierte dazu vorgeschlagen; sie hatten jedoch keine Lust, diesem, nach ihrer Ansicht unnötigen Apparat anzugehören. Sie hielten es für wichtiger, Notizen zu machen über das, was von den Kollegen gesprochen wurde, damit an höherer Stelle gewiß alles berichtet werden kann. In der Diskussion über das Bierstuhlsystem äußerte sich auch eine Unorganisierte bewogen, das Wort zu ergreifen. Sie führte bittere Klage darüber, daß der Tarif so ungerecht aufgelegt sei, der den Männern durch die Alterszulage 8 bis 10 Mk. mehr einbringt als wie den weiblichen und jugendlichen Arbeitern. Die Rednerin wurde nicht im Unklaren darüber gelassen, daß die Organisation schon immer bestrebt war, für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu verlangen. Wenn dies bis heute noch nicht erreicht ist, so sei dies lediglich den Unternehmern und den Unorganisierten zu verdanken.

Im übrigen nahm die Versammlung an und für sich einen harmonischen Verlauf. Den Unorganisierten sei aber auch von dieser Stelle ein in unsere Reihen, dann erst werden wir in der Lage sein, Unternehmerwillkür zu brechen! Die organisierten Kollegen und Kolleginnen fordern wir auf, diesen Herbst mitzumachen an der großen Arbeit, die uns noch fernstehenden zu gewinnen, denn: „Bereinselt sind wir nichts, vereint aber alles.“

**Waldkirch (Breisgau).** Am Sonntag, dem 5. August, hatte die Bezirksfahle Waldkirch sämtliche Funktionäre zu einer Sitzung nach Waldkirch zusammengerufen. Trotz der großen Hitze hatten sich fast sämtliche Eingeladene eingefunden. Kollege Kahle von der Bezirksleitung erstattete den Bericht von der am 29. Juni in Freiburg stattgefundenen Lohnkommissions-Sitzung, in welcher einstimmig beschlossen wurde, von der Kundtanna des Lohnabkommens vorläufig noch Abstand zu nehmen, dagegen aber den Mantelvertrag zu kündigen, was am 1. Juli erfolgte. Die Gründe, die zur Kündigung des Lohnabkommens ins Feld geführt wurden, wurden von einzelnen Ausnahmen abgesehen, von den Funktionären gebilligt.

Im Mittelpunkt der Konferenz stand das Referat der Kollegin Niemiera (Berlin). „Der Betriebsrat als Helfer im Arbeiterkampf“ lautete das Thema. Festgestellt muß werden, daß die Kollegin es vortrefflich verstand, auf Grund der Gewerbeordnung und des Betriebsrätegesetzes darauf zu verweisen, was die Arbeitgeber zum Schutze der Arbeiter

für Gesundheit und Verhütung von Unfällen zu tun haben. Nicht allein der Arbeitgeber hat die Verpflichtung, die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten, sondern auch der Betriebsrat hat die Pflicht mitzuwirken, damit alle zur Förderung der Gesundheit der Arbeiterschaft erlassenen Bestimmungen reiflos durchgeführt werden. Das ist notwendig, daß der Betriebsrat auch die gesetzlichen Bestimmungen kennt und danach zu handeln versteht.

Daß die Kollegin Niemiera das richtige Thema gewählt hat, zeigte der Beifall, der ihr am Schluß für ihre Ausführungen zu teil wurde.

Aus diesen Ausführungen konnte auch entnommen werden, was die Organisation alles schon im Interesse der Textilarbeiter geleistet hat und noch zu leisten und zu tun gedenkt. Möglich wird dies nur sein und sich viel leichter durchzuführen lassen, wenn sich die Textilarbeiter wieder zu ihrer Gesamtheit auf ihre Pflicht besinnen und sich reiflos dem Deutschen Textilarbeiterverband anschließen. Gerade wir im Elstal haben es dringend notwendig, sich noch fester zusammenzuschließen, um für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten zu können. Denn nur durch Einigkeit und Geschlossenheit wird es möglich sein, in gesundheitlicher, hygienischer und lohnpolitischer Hinsicht vorwärts zu kommen.

### Literatur.

Bernhard Letterhaus und Franz Röhr: **Gewerbestimmungen in Volk und Wirtschaft**, 507 Seiten stark, christlicher Gewerkschaftsverlag Berlin-Wilmersdorf, Preis 10 Mk. Das Handbuch ist als gediegenes Nachschlagewerk zu empfehlen. Es gibt Auskunft, nur um einiges herauszugreifen über „Raum und Volk, Bevölkerungsbewegung des In- und Auslandes“, die „beruflichen und sozialen Aufbau der Völker“, hier u. a. über „Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände über die soziale Verankerung in Deutschland“. Ein Abschnitt behandelt „die motorischen Kräfte und die gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands landwirtschaftliche Gütererzeugung und Landwirtschaft der Welt, die industrielle Produktion Deutschlands und der Welt, die chemische Industrie, die weiterverarbeitende Industrie, deutsche Verbrauchsrechnungen, Groß- und Kleinhandelspreise, Verkehr und Nachrichtenwesen, den Außenhandel, Geld- und Finanzwesen, den Wirtschaftsbarometer, internationale Indizes, Reallohne und Arbeitslosigkeit, kulturelles Leben, Zustimmungen, die Wahlen zum Deutschen Reichstag, die militärischen Streitkräfte und Rüstungsansgaben der wichtigsten Staaten.“ Es war eine dankenswerte Arbeit, der sich die beiden Verfasser unterzogen haben und wir wünschen dem B. h. guten Erfolg.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 26. August 1928, ist der Beitrag für die 34. Woche fällig!

**Achtung!** Einbindung der Statistikkarten für den Monat August betreffend! **Achtung!** S. 1. Tag für die Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung ist Sonntag, der 25. August 1928. An diesem Tage ist von jeder Ortsverwaltung eine Karte, gewissenhaft ausgefüllt und richtig frankiert, an uns einzulenden. In berichten ist auch dann, wenn gegenüber dem Vormonat im Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterbestand feinerlei Veränderungen eingetreten sind. Rechtzeitige Einbindung der Karten ist notwendig, um Zeit und Porto für Mahnungen zu sparen. Gleichzeitig wollen wir darauf hin, daß der Augustbericht für die Markensatzliste von allen Ortsgruppen pünktlich bis zum 7. September einzulenden ist. Der Vorstand.

Verlag: Karl Schröder in Berlin, Remese Str. 8/9. - Verantwortlicher Redakteur: Hugo Drexler in Berlin. - Für die Anzeigen verantwortlich: Paul Rapp, Berlin SW 11. - Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

### Häßlicher Zahnbelag

entstelt das schönste Antlitz. Uebler Mundgeruch wird abhorrlich. Beide Schönheitsfehler werden gründlich beseitigt oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend köhlendenden **Chlorodont-Zahnpaste**. Die Zähne erhalten darnach einen wundervollen Glanz, auch an den Seitenflächen, besonders bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten **Chlorodont-Zahnbürste** mit geschnittenem Borstenende. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 60 Pf., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürste für Herren 70 Pf., für Damen 1.25 Mk. (weiche Borsten), für Herren 1.25 Mk. (harte Borsten). Nur echt in blau-weiß-grüner Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“. Überall zu haben.

### ANZEIGENFAHRE und spare im Textil-Arbeiter

Nicht nur teure Räder sind zuverlässig, ich führe nur ausserprobte Qualitäten u. feste bis zu 6 Jahren Garantie. Lieferung meiner bekannten **Multiplex** u. **Monopol**-Fahrräder zum Preis von **10.-** Anzahlung und **M. 2 50** Wochenraten

Mein Spezialrad nur geg. bar Mk. 34.- Luxusrad 3 Jahre Garantie. Frei auf mit Rücktritt, elektr. Lampe, Glocke, Pumpe, Mark. 65.- und Mark. 75.- bei Fahrrad-Zubehör billigst. Ausserdem Kunden sind begeistert über meine Leistungen. Versand überall bis Verpackung frei.

Schwabe, Berlin N 533 WEINFEINERSTR. 1

**Landwehr** das gute Qualitätsrad Direkt an Fabrik. Katalog gratis. Liefer. Landwehr, Fahrradwerk. Berlin N 11

118 verschiedene prästanzlose Plättchen einzig in der Art - Sprechapparate große Auswahl, Genossen verlangen sofort Verzeichnis gratis. Musik-Spielhaus, Weimar Th. 33

### OPPEL

HABEN ERFOLG

Große Produktionen der Welt



## Kollegin! Auch für Dich gilt die Preisaufgabe!

### In Zweischichtbetrieben ist den beschäftigten Arbeiterinnen für die halbstündige Pause der Tariflohn zu zahlen.

Das Landesarbeitsgericht Dessau hat sich in einem Urteil vom 21. Februar 1928 — 6 A S. 328 — mit der Auslegung der Ziffer 5 Abs. 2. Wd. über die Arbeitszeit vom 23. November 1918 beschäftigt. Als Tatbestand lag zugrunde:

Im Zweischichtenbetrieb beschäftigte weibliche Arbeiter verlangen für die in die Arbeitszeit fallende halbstündige Pause die Bezahlung des Tariflohnes. Im Tarifvertrag selbst ist vorgesehen, daß nur tatsächlich geleistete Arbeit zu bezahlen ist. Der von den Klägerinnen vertretene Anspruch ist demnach nur insofern berechtigt, wenn er auf zwingender gesetzlicher Vorschrift beruht.

Das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht haben letzteres bejaht. Die Gründe, die das Landesarbeitsgericht Dessau für seinen Entscheid anführt und die wir durchaus anerkennen, sind außerordentlich eingehend dargelegt. Wir entnehmen sie deshalb dem Band 3 Heft 1 der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts und des Landesarbeitsgerichts, Verlag J. Benzheimer-Mannheim-Berlin-Leipzig, und geben sie hier wieder:

Ziffer V, Abs. 2.

#### Aus den Gründen:

Ziffer 7 Abs. 2 der Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. 11./17. 12. 1918 bestimmt folgendes:

In diesen Fällen (nämlich bei Beschäftigung von Arbeiterinnen in zwei- oder mehrschichtigen Betrieben) können an Stelle der einständigen Mittagspause eine halbstündige oder zwei einvierelstündige Pausen treten, die auf die Dauer der Arbeitszeit anzurechnen sind.

Die Klägerinnen stehen auf dem Standpunkt, daß sie auf Grund dieser Bestimmung Bezahlung der ihnen gewährten halbstündigen Mittagspause verlangen können. Ihrer Ansicht ist beizutreten. Der Beklagte ist allerdings zuzugeben, daß die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten im wesentlichen Arbeiterschutzbestimmungen öffentlich-rechtlichen Charakters enthält und daß es allerdings vom gesetzlichen Standpunkte aus eine Ungewöhnlichkeit bedeutet, wenn der Gesetzgeber in diese Bestimmungen eine auf privatrechtlichem Gebiete liegende lohnrechtliche Bestimmung eingefügt hat. Doch mag diese gesetzliche Unstimmigkeit ihre Erklärung in der Tatsache finden, daß die ganze Anordnung zu einer Zeit erlassen worden ist, in der auf sorgfältige Durchsicht der Gesetze nach der technischen Seite hin wenig Wert gelegt wurde und gelegt werden konnte.

Entscheidend für die Auslegung der fraglichen Bestimmung kann nur ihr Sinn und der Zweck sein, dem sie dienen sollte. Dieser Zweck ging dahin, dem Arbeitgeber durch Einführung des Zweischichtenbetriebes auch für weibliche Arbeitnehmer die rationellere Ausnutzung seiner Produktionsmittel zu ermöglichen. Der Vorteil, der sich aus dieser veränderten Rechtslage für den Arbeitgeber ergab, liegt auf der Hand. Auf der anderen Seite brachte die Neuregelung der weiblichen Arbeitnehmerschaft erhebliche Nachteile. Diese war plötzlich in das Zweischichtensystem hineingestellt, das namentlich an den weiblichen Organismus erheblich höhere Anforderungen stellt, als der Einschichtenbetrieb. Einen Ausgleich für diese vermehrten Gefahren in gesundheitlicher Hinsicht sollte deshalb die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit an Stelle der bisher üblichen zehnstündigen und die Festsetzung einer ununterbrochenen sechzehnständigen Ruhepause bieten. Da aber nach der neuen Regelung dem Arbeitgeber die Aussicht auf höheren Gewinn eröffnet wurde, so bedeutete es nur einen gerechten Ausgleich des von ihm erreichten wirtschaftlichen Vorteils, daß der Gesetzgeber die Bezahlung der im Zweischichtensystem der Arbeitnehmerin zu gewährenden einhalbstündigen Ruhepause anordnete. Dies ist der offenkundige Sinn der Bestimmung, daß die halbstündige Pause auf die Dauer der Arbeitszeit anzurechnen ist.

Demgegenüber steht die Beklagte auf dem Standpunkt, der Gesetzgeber habe durch diese Regelung nur verhüten wollen, daß unter Berufung auf die Zulässigkeit einer Beschäftigungsdauer von 8 Stunden ausschließlich der Pausen die Arbeitskraft der Arbeiterinnen nicht über acht Stunden täglich und nicht über 10 Uhr abends hinaus oder vor 6 Uhr morgens in Anspruch genommen werden kann. Das kann indessen der Sinn der fraglichen Bestimmung nicht sein. Denn eine Beanspruchung der Arbeitskraft der Arbeitnehmerin vor 6 Uhr früh und nach 10 Uhr abends wird bereits durch Ziffer V Abs. 1 der Anordnung vom 23. 11./17. 12. 18 in Verbindung mit § 137 der Gewerbeordnung ausgeschlossen. Durch die erstere Bestimmung ist außerdem angeordnet, daß Arbeiterinnen im Zweischichtenbetriebe zwar bis 10 Uhr abends beschäftigt werden können, jedoch unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß ihnen nach Beendigung der Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhepause von sechzehn Stunden gewährt wird, wodurch einwandfrei klargestellt ist, daß die tatsächliche Beschäftigungsdauer von 8 Stunden in der Schicht nicht überschritten werden darf. Würde also die Auslegung der Beklagten zutreffen, so würde der Gesetzgeber durch die Bestimmung, daß die Pausen auf die Dauer der Arbeitszeit anzurechnen sind, etwas völlig Ueberflüssiges bestimmt haben. Da dieses nicht ohne Grund angenommen

werden kann, so muß die Bestimmung eine andere Bedeutung haben und das kann, wie der erste Richter mit Recht angenommen hat, nur die sein, daß die den Arbeiterinnen im Mehrschichtenbetriebe zu gewährenden Pausen als vergütungspflichtige Arbeitszeit anzurechnen sind.

Abwegig ist schließlich die Ansicht der Beklagten, daß die halbstündige Pause im Zweischichtenbetriebe nicht anders zu werten ist, als die Pause, die nach Absatz 3 der Ziffer V der Anordnung vom 23. 11./17. 12. 1918 den Arbeiterinnen bei achtstündiger Arbeitszeit zu gewähren ist und die ungewöhnlich nicht zu bezahlen ist. Die Beklagte übersieht, daß die Pause nach Ziffer V Absatz 3 sich nur auf Einschichtenbetriebe bezieht, also auf solche, bei denen für den Arbeitgeber der wirtschaftliche Vorteil des Zweischichtensystems entfällt. Daß die im Einschichtenbetriebe zu gewährenden Pausen nicht zu bezahlen sind, entspricht durchaus der Sachlage und der Billigkeit. Der Mehrschichtenbetrieb ist eben für den Arbeitgeber günstiger, als der einschichtige Betrieb; wenn deshalb für die Betriebe der ersteren Art bestimmt ist, daß die Pausen auf die Dauer der Arbeitszeit anzurechnen sind, für die Betriebe der letzteren aber dagegen eine entsprechende Bestimmung fehlt, so heißt das nichts anderes, als daß die Pausen im Mehrschichtenbetriebe zu bezahlen sind, im Einschichtenbetriebe dagegen nicht.

Hoffentlich wird dieser Gerichtsentscheid noch von vielen anderen Kolleginnen aus-

31
- 24
= 7

**Soviel Tage bleiben noch zur Lösung der Preisaufgabe**

**Nützt die Zeit!**

**Schreibt dem Arbeiterinnensekretariat über: Mein Arbeitstag - Mein Wochenende**

genügt. Ist uns doch bekannt, daß die in die Arbeitszeit hineinfallenden Pausen bei Doppelschichten von den Arbeiterinnen nicht gern eingehalten werden und daß sie deshalb oft bereit sind, einem Antrag der Unternehmer stattzugeben, mittels behördlicher Bewilligung die Pausen außerhalb der Arbeitszeit zu legen und somit die Schichtarbeitszeit von 7½ auf 8 Stunden zu verlängern. Das Urteil im Dessauer Prozeß beweist, wie man auf viel bessere und den Arbeiterinnen zuträglichere Weise zu seinem Recht kommt, ohne wirtschaftliche Benachteiligung in Kauf nehmen zu müssen.

### Zur Mitarbeit berufen.

Die Kollegin Elise Weinberger, Vorsitzende der Frauenkommission in Augsburg, ist auf Vorschlag unserer zuständigen Verbandsinstanzen 1. Stellvertreterin im Verwaltungsausschuß beim Landesarbeitsamt Bayern geworden. Da die Stellvertreter nach dem Gesetz das Recht haben, an jeder Sitzung des Ausschusses beratend teilzunehmen, so ist durch diese Berufung einer Kollegin die Möglichkeit zur Uebermittlung von Wünschen und Forderungen, sowie die beste Gelegenheit zur Wissensaneignung geboten.

Auch in anderer Hinsicht haben im Gau Bayern die Kolleginnen bei Vergebung von Ehrenämtern Berücksichtigung gefunden. Beispielsweise stehen auf den Vorschlagswahlen zu den Berufsgenossenschaftsvorständen drei Kolleginnen an erster Stelle. Es sind das die Kolleginnen Simon-Augsburg, Weinberger-Augsburg, Katharina Ettig-Hof. An weiterer sicherer Stelle stehen die Kolleginnen Stanzl und Köhlein.

Sobald uns endgültiges in gleicher Angelegenheit aus anderen Gauen mitgeteilt wird, werden wir die Namen der in Frage kommenden Kolleginnen ebenfalls veröffentlichen.

### In japanischen Textilfabriken.

Wie durch die Presse bereits bekannt, wurde auf der letzten internationalen Arbeitskonferenz in Genf eine Resolution angenommen, die die Untersuchung der Zustände in den japanischen Textilfabriken fordert. Mitujuse Jontubo, Generalvertreter des japanischen Seetextilverbandes, der die Resolution einbrachte, gab zur Begründung interessante Einzelheiten, die wir, dem „Commercial“ Mandatier vom 21. Juni 1928 folgend, hier wiedergeben wollen:

„Die Textilindustrie, die für Japan die Schlüsselindustrie darstellt und jährlich etwa für 1.4 Milliarden Yen Gewerbe erzeugt, ist in einem äußerst beklagenswerten Zustand. Sie beschäftigt nicht weniger als 810 000 junge Arbeiterinnen und

Kinder, die zusammen den hohen Anteil von 80 Proz. aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter ausmachen; überdies besteht ein großer Teil dieser Arbeiterinnen, nämlich 17 Proz., aus jungen Mädchen unter 18 Jahren. Diese jungen Mädchen und die Kinder arbeiten gegenwärtig noch Tag und Nacht. Es ist sehr schwierig, sie zu organisieren.

Eine überraschende Tatsache ist es, daß mehr als 60 Proz. der Arbeiterinnen in Schlafstätten hausen, die den Fabriken angegliedert sind. Der Hauptgrund hierfür ist in der Nachtarbeit zu suchen, welche die Arbeiter zwingt, auf den Fabrikgrundstücken zu verbleiben. Wegen der hohen Sterblichkeit und des hohen Krankheitsstandes müssen diese Arbeiter aus entfernten Provinzen herangeholt werden, denn der Vorrat an Arbeitskräften in der Nachbarschaft ist schnell erschöpft. Die Mädchen, die so von weitem in die Schlafstätten geholt werden, verbleiben dort, bis sie heiraten oder bis sie gezwungen sind, wegen unheilbarer Krankheit oder weil sie völlig ausgezehrt sind, die Arbeitsstelle aufzugeben. Vom nächsten Jahre ab soll die Nachtarbeit abgeschafft werden, jedoch wird das mit den Schlafstätten nicht sobald der Fall sein. Die durch das Washingtoner Abkommen den japanischen Textilfabriken zugewandene Arbeitszeit ist viel länger als die in dem Abkommen im allgemeinen vorgezeichnete; dennoch hat Japan das Abkommen mit seinen Spezialbestimmungen noch nicht ratifiziert.

### Was trinkt die Arbeiterchaft während der Arbeitszeit?

Auf der Ausstellung „Die Ernährung“ in Berlin in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm, die bis zum 12. August geöffnet war, zeigte die UEG. neben anderen an Hand von Schaubildern den Getränkeverbrauch pro Jahr in ihrer Fabrik-Lantine der Fabriken in der Brunnenstraße. Dort sind rund 10 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Der Gesamtverbrauch an Getränken betrug im vorigen Jahre 3 825 000 Flaschen. Von den einzelnen Getränkearten wurden von der genannten Fabrik-Lantine abgegeben: Kaffee 2 229 000 Flaschen, Bier 535 000, Tee 482 000, Milch 284 000, Selter 224 000 und Limonade 71 000. Der prozentuale Verbrauch an Getränken war also folgender: Kaffee 58,3, Bier 14,0, Tee 12,6, Milch 7,5, Selter 5,8 und Limonade 1,8 Proz. Hieraus geht hervor, daß 86 Proz. alkoholfreie Getränke ausgegeben wurden. Weitans an erster Stelle steht der Verbrauch an Kaffee. Milch wird nur die Hälfte der Menge getrunken als Bier. Es wäre für die Volksgesundheit besser, wenn der Milchverbrauch größer wäre. Den biblischen Darstellungen ist auch ein Schaubild beigegeben, welches den Bierkonsum an den einzelnen Wochentagen zeigt. Der Bierverbrauch ist am geringsten am Mittwoch, dem letzten Tage vor der Lohnzahlung. Der Mittwochsverbrauch gleich 100 gesetzt, ergibt folgende Verteilung des Wochenquantums: Montag 156, Dienstag 137, Mittwoch 100, Donnerstag 123, Freitag 222, Samstag 218. Die Lohnzahlung findet am Donnerstag statt. Am Freitag ist der Bierverbrauch mehr als doppelt so hoch wie am Mittwoch. Erwähnt werden mag noch, daß sonderbarerweise der Getränkeverbrauch im Winterhalbjahr höher ist als im Sommerhalbjahr. Im Winterhalbjahr wurden 2 034 000 Flaschen verbraucht und im Sommerhalbjahr 1 791 000. Im Durchschnitt werden pro Mann und Jahr an Getränken in der Lantine in der UEG. 38,25 Flaschen verfaßt.

Könnten wir vielleicht ähnliche Aufstellungen aus Textilbetrieben erhalten? Insbesondere, könnte näheres über die Einführung alkoholfreier Getränke in Betriebskantinen infolge Vorgehen oder Mitwirkung der Verbandsvertrauensleute — bzw. was diesem Vorgehen hinderlich war, mitgeteilt werden? Das Arbeiterinnensekretariat.

### Die Lebensdauer der Textilarbeiterinnen.

Im Reichsarbeitsblatt behandelt der badische Landesgewerbearzt Holkmann den Einfluß der Textilarbeit auf Schwangerschaft, Geburt und die Lebensausichten der Neugeborenen. Im Schlussartikel (Heft Nr. 30, 15. Juli 1928) faßt er das Ergebnis seiner Untersuchung wie folgt zusammen:

„Die Bevölkerung in der Textilindustrie bleibt hinsichtlich der durchschnittlichen Lebensdauer hinter der der Landwirtschaft zurück. Es sind die konstitutionell Schwächeren, die sich der Industrie zuwenden. Das Sterblichkeit der Frauen in Industrie und Landwirtschaft ist niedriger als das der Männer. Dies ist zum Teil durch die anstrengende Doppelstellung als Arbeiterin und Hausfrau bedingt, denn auch die Landwirtsfrau ist zugleich Arbeiterin im Betriebe des Mannes.

Hinsichtlich der Möglichkeit zur Schonung in der Schwangerschaft sowie während und nach der Geburt ist die Industriearbeiterin durchschnittlich besser gestellt als die Bäuerin. Die Frau des Landarbeiters und auch anderer Berufe. Das gleiche gilt hinsichtlich der Lebensausichten des Neugeborenen. Frauenleiden, die sich vielfach auf Ueberanstrengung bei der Arbeit zurückführen lassen, treten nicht häufig auf. — Der Landarbeiterin geht es noch schlechter als der Textilarbeiterin.“

Wir werden in einem besonderen Artikel auf die Arbeit noch eingehen. Heute daher nur das Eine: Einer Klärung der Streitfragen dienen die Feststellungen nicht. Im Gegenteil, sie geben an wichtigen Fragen vorüber oder beantworten sie mit ein paar allgemeinen Bemerkungen. Von einem Vertreter der Arbeitsaufsicht hätte wirklich etwas Gründlicheres verlangt werden können.

## Wo bleiben die Antworten auf: Mein Arbeitstag — Mein Wochenende?



# Kartell und Wirtschaftsdemokratie.

## Die auflebende Debatte.

Wir stehen vor einer großen Kartelldebatte. Im September werden sich die Gewerkschaften auf dem Bundestag in Hamburg ausführlich mit Kartellfragen beschäftigen; dafür sind Vorarbeiten in großem Umfang geleistet worden; die demnach in Buchform erscheinen sollen. Das Referat in Hamburg selbst hat der sozialistische Wirtschaftstheoretiker Fritz Naphtali übernommen. Fast zu gleicher Zeit werden in Salzburg die deutschen Juristen tagen, um daselbst das Problem zu erörtern. Hier hat sich das Problem in der Frage zugespitzt, ob sich eine Wende und Vereinheitlichung der deutschen und der österreichischen Kartellgesetzgebung empfehle. Vorerst hat nun die Sozialistische Internationale in Brüssel auf dem Gebiete der Kartellpolitik das Kampffeld gesteckt. Sie fordert die Arbeiterparteien aller Länder auf, dafür zu kämpfen, daß an die Stelle der kapitalistischen Monopole die Nationen treten.

## Pionierarbeit in Deutschland.

So sehr wir dem Kampf der Brüsseler Konferenz auch von Herzen zustimmen, müssen wir doch sagen, daß in der Krüsseler Entscheidung veräußert wenig darüber gesagt wird, wie die Arbeiterschaft nun zur Überwindung des Kartellmißbrauchs und zu wirklicher Wirtschaftsdemokratie kommen soll. Wenn die Brüsseler Konferenz hier verlagte, dann geschah das aus folgendem Grund: die maßgebenden europäischen Länder, die durch Arbeiterparteien in Brüssel vertreten waren, also in der Hauptsache Frankreich und England, kennen die Kartellierung kaum in dem Maße wie wir in Deutschland. In die französische Wirtschaft trat das Kartellproblem erst von außen heran durch die Gründung des Internationalen Eisenpatts. Ähnlich steht es in England, dessen Unternehmertum mehr als das anderer Länder kartellfeindlich ist. Auch hier wird die Kartellierung erst von außen angeregt. Das gilt für die Chemie, wo man in England zu festen Zusammenballungen gekommen ist, für die Baumwollverarbeitung, wo sich die Kartellierung so ziemlich unter dem Protektorat der englischen Regierung vollzieht, und vor allem für die Kohle, in der die Kartellierung die Voraussetzung für eine internationale Verständigung ist und wo sich die Entwicklung ähnlich vollziehen zu wollen scheint wie in der Internationalen Kohltahlgemeinschaft. So brennend wie in Deutschland ist das Kartellproblem in keinem anderen Lande. Deshalb mühten die Deutschen sich frühzeitig mit diesen Fragen beschäftigen, und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat in seinen umfangreichen Vorarbeiten für eine mögliche Lösung des Kartellproblems zunächst für Deutschland beste Pionierarbeit für die internationale Arbeiterschaft im Sinne wirklicher Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie geleistet.

## Das doppelte Gesicht des Kartells.

Der Kampf gegen die Kartelle und gegen den Kartellmißbrauch ist nicht neu. Das klassische Land dieses Kampfes sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Man hat hier sehr scharfe Gesetze gegen die Kartelle ufm. erlassen. Wie die Verhältnisse in Amerika zeigen, so ziemlich ohne Erfolg. Bei den Kampfmaßnahmen gegen die Kartelle machte man auch immer wieder den Fehler, Kartell mit Kartellmißbrauch zu verwechseln. Man wollte schließlich Auswüchse der Kartellierung bekämpfen und bekämpfte ungewollt eine bestimmte Entwicklung in der Wirtschaft.

Sicherlich, jedes Kartell wird ins Leben gerufen, um die Profitquote der beteiligten Unternehmungen und Unternehmer zu steigern. Jedes Kartell rechtfertigt allerdings sein Entstehen und sein Bestehen mit der Notwendigkeit, die Preise zu stabilisieren. Daß diese Preisstabilisierung aber in der Regel nichts anderes ist als eine Preisüberhebung, braucht man wohl in der Zeit des Internationalen Eisenpatts und des Kupferkartells nicht noch besonders nachzuweisen. Man reguliert die Produktion, man teilt die Absatzmärkte bis ins kleinste Dörfchen im Hinterlande auf, man legt gemeinsame Verkaufs- und Kreditbedingungen fest und erzielt so den Preis, den man für „angemessen“ hält. Man wird angesichts dieser frühzeitig primitiven Kartellpolitik an die alten Zünfte erinnert, die mit einer besonderen Gesetzgebung schließlich die Konsumenten zwangen, ihr Kleid bei einem ganz bestimmten Zunftmeister machen, ihr Getreide bei einem bestimmten Müller mahlen zu lassen und ihr Bier bei einer ganz bestimmten Brauerei zu kaufen. Soweit die Preisfrage in Betracht kommt, lebt in unieren modernen Industriekartellen viel von diesem alten Zunftgeist.

Das ist die eine Seite des Kartells, das eine Gesicht. Das andere Gesicht der modernen Industriekartelle stellt sich darin dar, daß sie in unserem Wirtschaftsleben produktionsstechnische Faktoren sind. Sie sind als neue Wirtschaftsorganisation anzusprechen. Der ganze Bolzug der modernen Produktion, die Anwendung moderner Theorien auf den Produktionsprozeß, die Anwendung der Normung und Typung usw. wären ohne Kartellierung nicht möglich gewesen. So geboten es ist, der zünftlerischen Preispolitik der Kartelle ein Ende zu machen, so sehr hat ein gesetzgeberischer Radikalismus gegen eine unzweifelhafte Reorganisation in unserer Wirtschaft starke Bedenken. Die Lage dürfte wohl der frühere Wirtschaftsminister Robert Schmidt am besten gekennzeichnet haben, der einmal erklärte, man müsse gegen den Mißbrauch der Kartelle kämpfen, die Kartelle selbst könne man nicht verbieten. Der Mißbrauch der Kartelle, das ist die Preisüberhebung, die Monopolisierung, die Auszuehung der Bevölkerung das Kartell selbst, das ist möglicherweise die neue Form, in der sich die kapitalistische Wirtschaft entwickelt, unter Umständen der Boden, auf dem sich Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie aufbauen können.

## Lösung durch die deutsche Kartellverordnung.

Wir haben uns in Deutschland mit dem Kartellproblem durch die Kartellverordnung vom Herbst 1923 auseinandergesetzt versucht. Diese Kartellverordnung ist aber selbst ein Problem. Sie ist nicht schlecht. Sie ist auch nicht gut. Sie ist Kaufschul. Wenn wir einen Rechtsanwaltskammermann und eine Beamtenschaft im Reichsgerichtssystem vor uns haben, die es ernst mit der Bekämpfung des Kartellmißbrauchs nehmen, dann kann diese Kartellverordnung vom Herbst 1923 eine fürchtbare Waffe

werden. Sie bietet Handhaben dazu und wir haben Beispiele dafür. Wenn die Justiz aber nicht will, wenn der Reichswirtschaftsminister aber nicht will und die Bureaucratie schließlich verlagte, dann erweist die Kartellverordnung eben ihre Kaufschulnatur und wird ohne Wert. Auch dafür haben wir, leider, Beispiele; allzuviel Beispiele.

## Widersprechende Meinungen.

Die Erörterungen in Deutschland spitzten sich naturgemäß auf die Kartellverordnung von 1923 zu. Es gibt eine Gruppe, die die Kartellverordnung als einen Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit betrachtet. Diese Gruppe stellt natürlich das organisierte Unternehmertum. Nur verwechselt sie Wirtschaftsfreiheit und Bucherfreiheit. Wenn ein Gruppe von Industriellen oder Unternehmern die Produktion einer Ware völlig in ihren Besitz bringt und den Verbrauchern beliebige Preise diktiert, dann bedeutet das für diese Gruppe wirtschaftliche Freiheit; wenn ein Unternehmen aus Gründen, eine unangenehme Konkurrenz zu beseitigen, gegen den Willen seines Besitzers aufgelaufen, wenn der Besitzer mit schweren Konventionalstrafen gezwungen wird, so zu wollen, wie das Kartell es will, dann ist das wirtschaftliche Freiheit. Wenn der Konsument unter der Diktatur der Kartelle aber verlangt, daß man ihn nicht bis aufs Hemd ausziehe, wenn er berechtigt nach dem Schutz des wirtschaftlich Schwachen gegenüber dem Gewalt des wirtschaftlich Stärkeren ruft, dann ist das für diese Gruppe eine Beschränkung der wirtschaftlichen Freiheit, Eingriff des Staates in die Wirtschaft. Diese Leute fordern wirtschaftliche Freiheit und meinen nur die Freiheit, den wirtschaftlich Schwachen zu vergewaltigen. Sie sind selbstverständlich gegen jede Kartellgesetzgebung und wollen das Problem in der Weise lösen, daß der Staat überhaupt nichts tut, daß der Vater Staat zusieht, wie die anderen ausgemüht werden. (Schluß folgt.)

# Ärztliche Untersuchungen zur Frauenkleidung.

Ungeeignetes Schuhwerk schadet dem Körper über alle Maßen. Das haben neuere Beobachtungen der Ärzte klar bewiesen. Solche Schuhe zum Beispiel mit zu hohen Absätzen werfen den Oberkörper zurück und verlegen dennoch den Schwerpunkt zu weit nach vorn. Schließlich leidet darunter, abgesehen von der Gesundheit, auch die gesamte Figur. Die Linie, wie man heute sagt, wird zunehmend verschlechtert.

## Schlecht getragene Schuhe schwächen übrigens die Füße.

Auch Einwirkungen der Damenröcke auf Gang und Gesundheit wurden ärztlich untersucht. Da stellte sich als Hauptpunkt heraus, daß je leichter der Rock, desto geringer auch die Ermüdung beim Gehen. Besonders unten sollen die Röcke möglichst weit sein. Ein Sportrock darf allerhöchstens 450 Gramm wiegen. Er soll mindestens im Luch 120 Zentimeter um die Becken und 225 Zentimeter um den unteren Saum messen.

Seiden, Samt, Velour und Korbstoffe erzeugen Müdigkeit, während Seide, Gabardine und Serge Stoffe weniger Anstrengung beim Ausschreiten verursachen.

Jede durch den Rock erzwungene Verkürzung der Schrittlänge wirkt übrigens äußerst ermüdend und ist gesundheits-schädlich.

Dr. med. P. A. (S. F.)

Ausklärung ist richtige, volle, bestimmte Einsicht in unsere Natur, unsere Fähigkeiten und Verhältnisse, besser Begriff über unsere Rechte und Pflichten und ihren gegenseitigen Zusammenhang. Wer diese Ausklärung hemmen will, ist ganz sicher ein Dumme oder ein Dummkopf, oft auch beides, nur zuweilen eins mehr als das andere. (Saume (Apotryphen).)

# Deutscher Krankentagg.

## III.

### Pflichten der Unternehmer.

Um die unerhörte Forderung des Unternehmertums nach einer Senkung der Soziallasten auf Kosten der Arbeiterschaft voll und ganz zu begreifen, sei hier an bestimmte Zusammenhänge erinnert, die zwischen den großen Rationalisierungsprozessen in der Industrie und den Gesundheitsverhältnissen der breiten Massen bestehen. Die Gesundheitsverhältnisse unseres Volkes verschlechtern sich seit Jahren; die mittlere Krankheitsdauer nimmt ständig zu. Man liebt es, diese Erscheinungen immer auf den Krieg zurückzuführen; und doch kann das nicht stimmen. In den Gesundheitsverhältnissen macht sich nämlich die Rationalisierung der Nachkriegszeit bemerkbar, wie sie von den deutschen Unternehmern betrieben wird. Im Grunde genommen ist die Rationalisierung in einer bloßen Mechanisierung stecken geblieben; die Massenfabrikation, die Leistungssteigerung pro Kopf wird durch eine beschleunigte Verwendung der Arbeitskraft erzwungen. Man verbraucht heute die Reservoirs geistiger und körperlicher Energie des Arbeiters viel schneller als früher; man treibt Raubbau mit ihnen, ohne daß man daran gegangen ist, sie durch eine Arbeitszeitverkürzung und Lohnsteigerung zweckmäßig zu ergänzen. Was hat eigentlich das Unternehmertum getan, um das schnellere Arbeitstempo zu untermauern? Man verringert den Arbeitstakt, ohne der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, die Mehrerzeugung pro Zeiteinheit durch Entwicklung neuer Arbeitsverfahren zu ermöglichen, hält die Einbeziehung des Arbeiters in den Arbeitsprozeß, die Forderung nach wirklicher Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie für eine unerhörte Forderung. Die Anforderungen an die Arbeitskraft sind mit der Rationalisierung bis zum Grad beispielloser Antreiberei und Ausbeutung gestiegen. Kann es heute wundern, daß die Krankheitsrate in unserer Wirtschaft steigen? Ist das nicht erklärlich, daß die Nervenerkrankungen rapide zunehmen und einen unerhört großen Prozentsatz der Erkrankungen überhaupt ausmachen? Ist die andere Erscheinung, die vermehrte Erkrankung der Frauen, nicht eine ganz natürliche Angelegenheit? Wenn die mittlere Krankheitsdauer bei der Frau in den letzten fünf Jahren schneller angewachsen ist als beim Mann, so weiß derjenige, der darüber unterrichtet ist, in welchem Maße die fließende Fertigung durch die Frau die Einzelarbeit des Facharbeiters verdrängt, sehr gut eine Antwort darauf zu geben. Will das Unternehmertum angesichts dieser Tatsachen leugnen, daß die verschlechterten Gesundheitsverhältnisse auf die überspannte Rationalisierung zurückzuführen ist? Will es leugnen, daß aus der Art und Weise, wie die Rationalisierung bei uns durchgeführt wird, ihm besondere Pflicht erwächst?

Das deutsche Unternehmertum hat es verstanden, die Lasten der Umstellung auf die Allgemeinheit abzumwälzen. Die Unternehmer haben die Produktivität gesteigert, die Ausgaben für Löhne verringert, ohne durch vernünftige Rationalisierung des ganzen Wirtschaftslebens den freigestellten Arbeiter, der in der Produktion überflüssig ward, anderweitig Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Arbeitsmarktlücke kam und der Staat bezahlte in Form der Arbeitslosenunterstützung die Kosten, die nach Lage der Dinge das Unternehmertum hätte tragen müssen. Die Rationalisierung hat sich auf die Gesundheit des einzelnen schädlich ausgewirkt und wieder bezahlte die anderen, die Klassen, in der Hauptsache also die Arbeitnehmer. Wenn nun das Unternehmertum so weit geht und eine Senkung der Soziallasten, die mit einer Verminderung der Leistung an den Betroffenen identisch ist, verlangt, so ist das eine Forderung, die sich das Unternehmertum noch einmal gründlich überlegen sollte.

## IV.

### Die verlangte Rationalisierung selbst.

Krankentage sind für die Unternehmer Einrichtungen, wo man aus lauter Absicht Kalte baut, und die im Gelde — natürlich dem Geld der Unternehmer — schwimmen. Dieser Auffassung entsprechend sehen auch die Vorschläge der Arbeitgeber hinsichtlich der verlangten Rationalisierung aus. Man

solle nur die Verwaltung vereinfachen, so verlangen sie — und verstehen darunter einen mechanischen Beamtenabbau. Wir hoffen, daß sich die einzelnen Klassen nicht so ohne weiteres darauf einlassen. Denn die Erfahrungen mit dem Beamtenabbau beim Reich und auch in der Privatindustrie haben bewiesen, daß der abgebaute Beamte ein volkswirtschaftliches Desinglobjekt ist und bleibt und daß man Ersparnisse damit nicht erzielen kann. Will man die Ideen der Rationalisierung, vor allem die Normung und Typung, auf die Verwaltung in der sozialen Versicherung anwenden, dann muß der Teufel der Breslauer Richtlinien durchgeführt werden, der die Schaffung großer leistungsfähiger Klassen vorseht; die kleinen Klassen haben im Rahmen einer Rationalisierung keine Berechtigung. Aber man muß erleben, daß die Gesetzgebung immer noch die Entstehung kleiner unwirtschaftlicher Klassen ermöglicht und daß das Unternehmertum die Gründung solcher unwirtschaftlicher Klassen befürwortet; mit der ausgesprochenen Absicht allerdings, die Kosten der Unternehmer in solchen Wirtschaftszweigen, die günstige Gesundheitsverhältnisse haben, zu senken und die Leistungen in anderen Wirtschaftszweigen mit großem Krankheitsrisiko abzubauen. Die Krankheitsverhältnisse der Textilindustrie sind z. B. nicht besonders günstig. In ihr ist das Krankheitsrisiko besonders groß. Wollte man die Gemeinschaftsverbände, wie sie sich in den großen leistungsfähigen Klassen herangebildet haben, zerbrechen, so mühte man auf jeden Fall in der Textilindustrie die Leistungen abzubauen, sofern man die Beitragszahlungen nicht erhöhen will.

Der springende Punkt in der bevorstehenden Reform scheint aber auf dem Gebiete der Inanspruchnahme der Klasse zu liegen. Die Inanspruchnahme stellt die Gestehungskosten dar und die Gestehungskosten machen in dem Maße, wie die Inanspruchnahme unberechtigt erfolgt. Es ist den Gewerkschaften gelungen, wie der Vertreter des IFA-Bundes auf der Breslauer Tagung feststellen konnte, ihre Mitglieder dahin zu erziehen, daß sie durch eine nicht berechnete Inanspruchnahme der Klasse dieselbe nicht zur Unwirtschaftlichkeit verdammen. Je mehr der Versicherte erkennt, daß die Klasse seine Klasse ist und daß diese Klasse ihm helfen will und ihm helfen soll und daß sie nur helfen kann, wenn sie wirtschaftlich arbeitet, wenn sie nicht von unlauteeren Elementen ausgenutzt wird, desto mehr wird es möglich sein, die Unwirtschaftlichkeit auszuhalten. Wir kommen hier an einen Punkt, der auf wirtschaftlichem Gebiet in den letzten Jahren des öfteren erörtert werden mußte, an die Notwendigkeit, das Verhältnis des Arbeiters zu allem, mit dem er doch schließlich in Lebensgemeinschaft steht, neu zu gestalten. Spricht man von der Einbeziehung des Arbeiters in den Wirtschaftsprozess, so wird sich das nur durchführen lassen durch wirkliche Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie. Spricht man von der Zusammengehörigkeit von Klasse und Versichertem, so wird sie nur möglich werden durch Ausbau der Selbstverwaltung.

## V.

### Falsche Einstellung.

Diese Selbstverwaltung ist es aber, gegen die sich das Unternehmertum sträubt. Es ist die falsche Einstellung des Unternehmertums zur Sozialpolitik überhaupt, die sich hier bemerkbar macht. Für uns ist Sozialpolitik ein Wirtschaftsfaktor, eine Voraussetzung, wenn man die Produktivität steigern will. Das Unternehmertum betrachtet Sozialpolitik als eine Last, prägt für die notwendigen Kosten der sozialen Fürsorge das Wort Soziallasten und will die soziale Fürsorge nur dann leisten, wenn die Profitquote das nach seinem Ermessen zuläßt. Daß hier Abgründe zwischen den Auffassungen klaffen, versteht sich von selbst. Und wenn der Vertreter der Bereinigung der Arbeitgeberverbände auf dem Krankentagg in Breslau hinsichtlich der Reform der Krankentage von einem gemeinsamen Zusammenarbeiten und von der Plattform des gegenseitigen Vertrauens sprach, wozu man kommen müsse, haben wir ihm zu bescheinigen, daß es kein Zusammenarbeiten geben kann, solange die deutschen Unternehmer an ihrer hinterwäldlerischen Auffassung von Sozialpolitik festhalten.







# Unterhaltung und Wissen

## Das Posamentiergewerbe in Kurpfalz nach dem Siebenjährigen Kriege.

Quelle: Leipziger Ratsarchiv, LXII (Nr. 1).

Von Arno Rapp, Leipzig.

Der Siebenjährige Krieg hatte für die Industrie Kurpfalzens katastrophale Wirkung. Namentlich war es die vor dem Kriege blühende Webmanufaktur, die durch ihn nahezu vernichtet worden ist. Der Leipziger Rat erkaufte im Jahre 1763 die Posamentiermanufaktur um Abgabe der Rechte des Verfalls ihres Gewerbes. Diese berichtete darüber folgendes dem Räte:

„Zwei Ursachen sind als Quellen unseres Elendes anzusehen. Zum Ersten sind vermöge unserer Privilegien alle Posamentiermeister der Stadt um Leipzig 9 Meilen, wo es durchgängig ist, bey anderer Lade incorporirt und müssen es auch sein. Sie mußten z. B. alle 2 Meilen bey der Innung einschreiben und wieder losprechen lassen, auch durfte kein Meister sich irgendwo in diesen zur Lade gehörigen Städten als Bürger niederlassen, ohne unserer Vorbenutzung, denn die Meisterei jeder incorporierten Stadt waren verbunden, alle Jahre wenigstens ein Mal vor unserer Lade Rechnung abzulegen, Einschreib-, Besprechungs- und Mautgelt abzuliefern.“

Von diesen Geldern erhielt der Herrschende der Kurpfalz, nämlich die Hälfte. Je ein Viertel aber bekam Stadt und Innungsstadt.

Außerdem waren die Innungsmitglieder verpflichtet, gegenseitig sich nach Lohnstellen der Innung zu richten. Im Siebenjährigen Kriege aber zerfiel diese große Innung unter Führung Leipzigs, und jede kleine Stadt errichtete eine eigene Lade. Die gleichmäßigen Lohn- und Meistereien wurden nicht mehr gehalten.

Von der Stadt trug man die Arbeit hinaus aufs Land oder ließ in Gold- oder Silberfabriken arbeiten. Dort war man billiger.

Vor dem Kriege gaben die Goldfabriken ihre Treffen zur Verfertigung den Leipziger Meistern, und was diese nicht fertigstellen konnten, ließen sie bei Landmeistern machen. Fehlern aber war es überhaupt verboten, in der Stadt Arbeit zu holen.

Jetzt aber laufen die Meister unseres Handwerks aus den umliegenden Städten bey allen Tapetierern, Tischlern, Sattlern und Schneidern in die Häuser und bieten denselben ihre Waren meterweise selbst an. Da sie diese Waren nicht verkaufen, können sie billiger verkaufen. Bringen die Landmeister aber ihre Waren durchs Stadthor, so geben sie auf Betragen (des Torwärters) an, sie hätten Lohnarbeit, welche ja frei passieren konnte.

Der andere uns den Posamentierern verderbliche Hauptgrund ist dieser, daß sich seit etlichen Jahren nach und nach viele Webespersonen auf den Landhandel gelegt, so daß man kurz vor dem Kriege dergleichen 72 gezählt, und die doch alle an Männer von anderen Professionen, als Schuhmacher, Schneider, sogenannte Landkramer und Instrumentenmacher verheirathet sind.

Während unsere Innung vor dem Kriege aus mehr als 30 Meistern, so etliche 90 Gesellen bestand, sind es jetzt nach Beendigung des jährigen Krieges nur noch 16 Meister, die kaum 12 Gesellen beschäftigen können.“

## Krieg dem Kriege!

Auf brandgeschwärtzer und zerstörter Städte wehen  
Nasgeier gierig ihre spizen Hakenknäbel  
An grauem Stein. Ein namenlos Entsetzen  
Drängt bang sich durch die trübten Morgennebel.  
Verzweiflung flüstert durch zerhoffne Linden,  
Und fernher geht es aus Kanonenschländen:  
„Elend und Mord, Zerstörung, Tod und Hölle!“  
Wie eine riesenhafte Schicksalswelle,  
So wälzt der Dämon Krieg sich durch die Lande,  
Verzweiflung mit wilder Gier die heiligen Bande  
Der Freundschaft, Liebe, wahrer Menschlichkeit —  
Das ist des blut'gen Krieges Wahnsinnszeit!

Und immer weiter glimmt das unheilvolle Wüten  
Der Menschvernichtung. Heißt nicht das Geheiß  
Des Lebens Kampfs, der hoffnungsvolle Blüten  
Bestimmt ist, zu vernichten? Das ewige Geheiß  
Des Starcken auf den Schwachen, war es nicht seit Cain,  
Seit jenem ersten Brudermord der Sinn des ganzen Sein?  
Herzloser Schwäger! Schweig! Denn was soll uns dies Wort  
Kaltphilosophischer Betrachtung! Krieg ist Massenmord,  
Er ist ein einzig großes Elend, ein Vergehen  
Am Menschenkum, am Fortschritt; er bedeutet  
Furchtbare Vergewaltigung der Vernunft, ist Sturmeswehen  
Verbrecherischen Wahnsinns, er erbaut,  
Was uns Jahrtausende erjennen und vollbracht,  
Und wirft es wuchtend an die Felsenwand  
Blinder Zerstörungswut, so daß es bricht und kracht,  
Zu Staub zerplüffert und zu grauem Sand . . .  
Krieg ist ein Ozean von Blut und Tränen,  
Ist großes Herzleid und Schmerzgewimmer,  
Lautschreiende Verzweiflung, ist ein schrecklich Stöhnen  
Gemeuchelter Kultur und Menschlichkeit!  
Das ist des blut'gen Krieges Wahnsinnszeit!

Krieg diesem Kriege! Rafft euch auf, Proleten!  
Steht mutig zu dem Flammenswort: Du sollst nicht stoen!  
Verlangt für alles Volk auf weitem Erdenrund  
Mit brüderlichem Sinn den Völkerbund!  
Doch merkt es euch: Der wahre Völkerfrieden  
Wird nie und nimmer allem Volk beschieden,  
Wenn jene, die an Gift und Pulverminen,  
An Tanks und Waffen aller Art verdienen,  
Und Militärs und glatte Diplomaten  
Den Inhalt eines Friedenspakts beraten!  
Der Völkerbund ist dann nur zu erreichen,  
Wenn sich die Völker selbst die Hände reichen,  
Wenn überall mit der Begeisterung Glut  
Und latenten Schloffen, mit Begeisterung  
Der Arbeit Heer gelobt: Wir schwören Krieg dem Kriege,  
Dann fähren wir den Völkerbund zum Siegel  
Nur dann wird leuchten allen Menschen frei  
Der laugersehnte Friedensvölkermail!

## Die lägeren Söhne und Töchter.

Es finden dort überall Umwandlungen statt. Denken Sie nur an die Schule. Man hält es nicht mehr für richtig, daß die Kinder in nüchternen Holzstühlen sitzen und sich nach dem alten Brauch „Hände falten, Schnabel halten!“ richten müssen. Man beginnt, die nüchternen, langweiligen Holzstühle aus der Schulstube hinauszumerfen und stellt dafür Tische und Stühle hinein. Und auch das Pult des Lehrers verschwindet. Er setzt sich mitten unter die Kinder. Und es geht viel besser so! Wenn diese Kinder später ins Erwerbsleben treten, sind sie doch schon ein Stück sicherer und selbstbewußter, als wir es waren. Sie, deren Lehrer ihnen Freunde und Kameraden, nicht übergeordnete Autoritäten waren, würden es nicht mehr begreifen, wenn im weiteren Verlaufe der Erziehung ein Erwachsener wieder völlige Unterwerfung verlangen würde. Immer zahlreicher wachsen wohl die Typen heran, an die Goethe dachte, als er dichtete:

„Und mancher ist im zwölfte Jahr  
Fast klüger, als sein Vater war,  
Da er die Mutter nahm.“

## Der schlagfertige Bebel.

Von P. u. d.

Bebel war ein glänzender Redner. Ein noch besserer Debatter! Wieder hielt Bebel im Reichstag eine seiner bekanntesten ausführlichen Reden über den Zukunftsstaat. Die Bänke der Rechten leerten sich immer mehr. Das war kein Thema für Junter und Schlotbarone!

Sie laßen der langen Rede kurzen Sinn lieber aus dem Stenogramm heraus und griffen dann in der Debatte Bebel mächtig an! So auch diesmal!

Fürst Hendel-Donnersmark, der bekannte Führer der Konserwativen, meldete sich zum Wort.

„Ich habe mit Interesse Ihre Rede gelesen, lieber Herr Kollege Bebel, zum Anhören war sie mir zu lang! Sehr interessant, was Sie da alles sagten über den Zukunftsstaat! Wirklich sehr interessant! Doch sagen Sie mal, lieber Herr Kollege Bebel, was soll ich denn in diesem Zukunftsstaat werden?“

Bebel springt im jugendlichen Feuer auf und wendet sich gegen den Fürsten:

„Sie, Herr Fürst Hendel-Donnersmark werden selbstverständlich Bleichschläger!“

Bebel setzt sich auch und hat alle Lacher auf seiner Seite!

## Weiteres.

Der Rechenfehler.

Chef: „Ich werde Ihnen dieses Jahr Ihr Gehalt um 100 M. erhöhen. Sie haben dieses Jahr besonders ordentlich und sorgfältig gearbeitet. Sie haben doch nicht einen einzigen Fehler gemacht, nicht wahr?“

Buchhalter: „Nur einen.“  
„Und welcher war das?“  
„Ich dachte, mein Gehalt würde um 200 M. erhöht.“

## Der Baldamus und seine Streiche

Roman von O. Böhrle.

Herausgegeben und zu beziehen durch: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin, Belle-Alliance-Platz. (14. Fortsetzung.)

Am Abend sah ich die Lichter einer Stadt aufleuchten. Ich schritt schneller aus und war froh, einen Ort zu finden, wo ich übernachten konnte. Ich nahm mir vor, mich für die vergangenen Nächte schuldig zu halten und einmal recht lange zu schlafen. Aber ich hatte die Fehlvorstellung, die französischen Wirtschaftswagen gemacht. Dies Streifen sah sich aus allen Tapetierern heran, bis und hinstreckte ich im Mund. Die ganze Nacht konnte ich kein Auge zutun. Jeder geräuschte ich von dem Angestrichen, was ich konnte und schritt ich von Kopfstein und Keimach wurden vor vor ihm. Aber alles werden keine Zweck. Die Zahl dieser Plagegeister nahm den nach ab. Der Barren dieser Tapetierbewohner war unerschütterlich. Wenn ich das Bett ausrichtete, kamen sie hektisch aus dem Schuppen hervor, marschierten an die Zimmerdecke und schrien sich von da aus aufs Bett hinunterfallen. Das hörte sich an, wie wenn ein letzter Landregen auf hohle Hiegel klopf. Es war aber kein Landregen, sondern wahrhaftiges Gottes ein richtiger Regen.

Der Regen war ich müder und geschlagener, als tags zuvor. Ich sah mir vor, mir einen kleinen Koffer daraus schaffen und gestreckt schlafen zu können, als ich mir die Streifen-Baldamer über den Kopf zu ziehen gedachte.

Der Regen war ich müder und geschlagener, als tags zuvor. Ich sah mir vor, mir einen kleinen Koffer daraus schaffen und gestreckt schlafen zu können, als ich mir die Streifen-Baldamer über den Kopf zu ziehen gedachte.

Die mit mir gehen. Der Aeltere, der wie ein echter Seeräuber aus-  
sah, versprach, sich alle Mühe zu geben, aus mir einen Kunden zu  
machen, der mit allen Hunden geht und mit allen Wassern ge-  
wachsen sei. Ich meinerseits mußte versprechen, alles Erforderte  
mit ihm zu teilen. Im nächsten Dorf lehrten wir ein und tranken  
Roten, schönen, schweren burgundischen Roten, der noch ein wenig  
hinten auf der Zunge austritt, ehe er in die Gurgel rollt. Ein Glas  
legte das andere und löste beiden die Zunge. Sie wurden gesprächs-  
süchtig wie Enien, die nach langer Trockenheit ein Wasser sehen. Sie  
erzählten mir, sie seien von Beruf Wiener Bäcker und wollten in  
Paris eine Stelle suchen. Denn die Wiener Bäcker seien dortselbst  
geschätzt und würden allen anderen vorgezogen. Sie könnten die  
besten Brötchen backen, die's gäbe. Ihre Spezialität sei Knusper-  
gebäck, ungelogen noch knuspriger als die knusprigsten Pariser Mä-  
dchen. Dabei schnitten sie mit den Fingern und zogen ihre Augen zu  
ganz kleinen Ragenpalmen. Doch pressiere es ihnen nicht. Sie hätten  
keineswegs vor, mit Schnellzuggeschwindigkeit ins Geschick zu gehen.  
Wenn man die Zeit ohne Arbeit tischlagen könne und dabei doch  
laut werde, so sei es ein Unsinns und zwecklos, sich nach „Biez“ um-  
zumun. So erzählten sie noch manch Langes und Breites, bis ihnen  
endlich vom schweren Wein die Zunge lahmete und es gut schien,  
daß unter Dreißigst wieder an die frische Luft käme. Ich zahlte die  
Zehne und wir brachen auf. Unterwegs, während wir uns Mühe  
geben mußten, auf der Fahrbahn zu bleiben und nicht in den ver-  
schlungenen Straßengraben zu tulkern, weiheten sie mich in die ersten  
Geheimnisse der Kundenprache ein. So lernte ich unter vielen  
andern diese Ausdrücke kennen:

- fechten = betteln
- balancieren = auf der Straße Leute ansprechen
- Treppensteigen } = in den Häusern fechten
- Treppstufen pugen }
- Wände = ein Ort, wo man sicher eine Unterfützung bekommt
- Schale = Anzug
- Strunde = Hund
- Biene = Haus
- Flappe = Ausweisungspapier
- hant = Stroh
- Die, Gori = Wein
- Chausse = Suppe
- manchen = essen
- malum = schlecht
- link = falsch

- duft, duftig = gut, gerissen
- Platte reißen = im Freien übernachten
- Schiebung machen = jemand anschwärzen
- Kramphen = stehlen
- Kohldampf schleben = Hunger leiden
- Treter, Trittlinge = Schuhe
- Gips = Geld
- Polyp = Schuhmann
- Tellernichel = Gensdarm
- Verbedter = Geheimpolizist
- Kaff = Dittschast

Außerdem brachten sie mir Landstraßenmoral bei: Sag jedem Kunden „du“, sonst sehen sie dir den Grünling an. Sei froh und scheue niemand. Geh nicht fort oder du hast etwas. Rasse dich nie erwischen. Auf einen Tropf setze anderthalben. Ueb immer Treu und Redlichkeit bis an dein kühles Grab und weiche kilometerweit von Gottes Wegen ab! Alle diese Worte sag ich wie Offenbarungen ein.

Das war der theoretische Teil, im nächsten Kaff, als wir etwas nüchtern waren, folgte der praktische. Hier schickten sie mich von einem Haus in das andere, um zu fechten, und packten genau auf, daß ich auch wirklich hineinging. Da stand ich denn in den dunklen Hausgängen, ganz heiß im Gesicht, spürte das Herz bis zum Halbe hinauf und getraute mich nicht, irgendwo anzuklopfen. So gewaltig lebte doch noch die Scham. Darum kam ich mit leeren Händen zurück. Sie aber, als ganz ausgeföchte Burschen, hatten die Hände voll und lachten mich aus, als ich so da stand wie ein geschorener Pudel und begriffen noch obendrein.

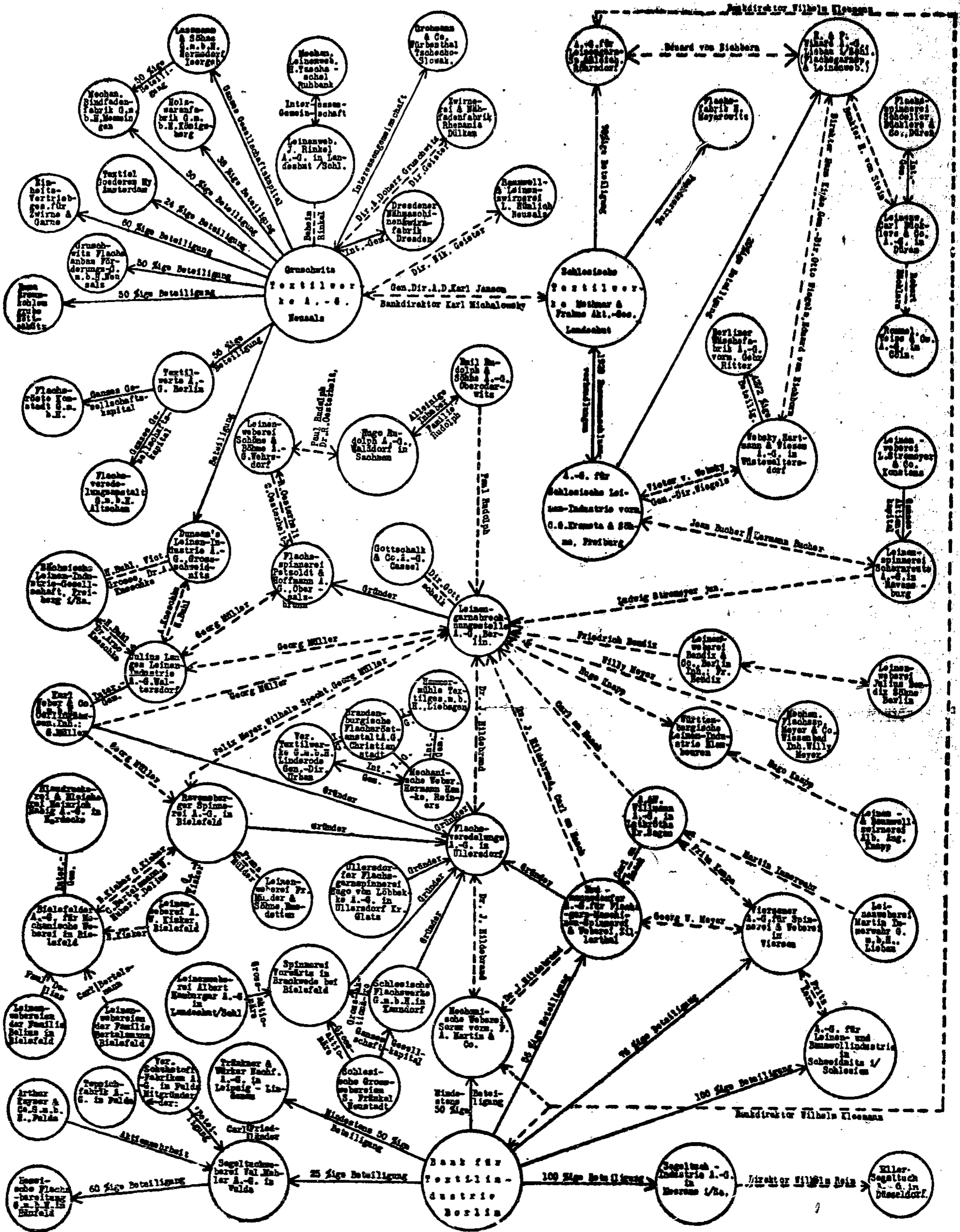
Auf die Nacht lehrten wir wieder ein. Auch diesmal hatte ich die Ehre, alles zu bezahlen, sogar das Schlafgeld. Nun war ich vollkommen ausgebeutet, höchstens zwei, drei Centstücke blieben mir.

Ich war von Herzen froh, als ich am andern Tage sah, daß sie mit mir verfahren waren, wie ich mit dem Ungarn. Sie hatten mich schlangweg verjagt. Ueber Nacht hatten sie sich wohl zu Gemüte geführt, daß ich als Neuling ihnen auf die Dauer lästig und hinderlich sein würde. Denn daß meinem Geldsack der Boden ausgegriffen war, das war ihnen sicher nicht ergangen. Und wenn sie mich nicht mehr gehörig laufen konnten, war ihnen mein ganzer Pötz nichts mehr wert. Also ließen sie ihn liegen und türmten. Es ist im Kundenleben auch nicht anders eingerichtet, als im bürgerlichen. Der eigene Vorteil entscheidet. Sozialist in der Minute schwärmt man den Mantel dahin, wo der Profitwind zu wehen scheint. Darum heutke ich den beiden Burschen nicht nach, sondern piiff ein Schelmchen und wanderte weiter, Chaumont zu. (Fortf. folgt.)









Zeichenerklärung.

● Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital über 5 Mill. A.

○ Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 1 bis 5 Mill. A.

○ Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital bis zu 1 Mill. A., einschließlich Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften und Einzelunternehmungen.

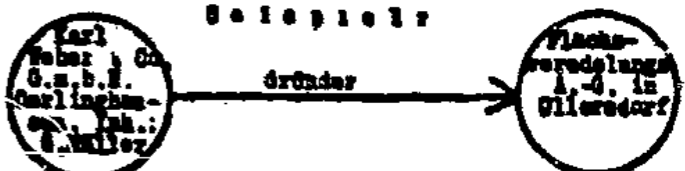
→ Gründung, Beteiligung, Partnerschaft.

← Interessengemeinschaftsverträge, Zusammenschließbestrebungen.

--- Aufsichtsratsmitglied von Direktor und Inhaber.

--- Gemeinsames Aufsichtsratsmitglied.

Beispiel:



Die Richtung des Pfeiles besagt, dass die Fa. Karl Weber & Co. G.m.b.H. die Flachveredlung A.-G. gegründet hat. Es sei nur die große Beteiligung hervorgehoben, wobei daneben noch eine Reihe von anderen Unternehmungen Mitgründer.